

Erscheint täglich außer Montags
Preis pro Nummer: 2 Pf., monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Postabonnement:
3,00 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Einzeln.
in der Post-Belagungs-Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Dienstag, den 8. Oktober 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Die Justiz im Dienste des Kapitals.

Rußland ist jung in der wirtschaftlichen Entwicklung, alt in der Beamtenkorruption. So erklärt es sich, daß dort, trotzdem der Kapitalismus sich noch in seinen Kinderschuhen befindet, ihm mit der Reivität alter Verderbtheit von dem kaiserlich russischen Beamtenthum ohne Scham und Scheu Scherzgedienste geleistet werden.

Was da jetzt in einem Prozeß in Omsk wegen einer Arbeitseinstellung unter den Augen der schielenden Götter russischer Gerechtigkeit vorgekommen ist, hat unseres Wissens in anderen Ländern noch kein Gegenstück gehabt. Man kann daraus ersehen, wohin es schließlich kommen muß, wenn sich die Justiz rücksichtslos in den Dienst des Kapitals stellt. Wie wir russischen Zeitungen entnehmen, spielte sich die Sache in Omsk, der Hauptstadt des westsibirischen Steppengebietes, ab.

Ein gewisser Morosow hatte zur Ausführung von Schreinerarbeiten beim Bau des Bahnhofes eine Anzahl Schreiner aus Mischuk-Nomgorod hergeführt. Die Arbeiter waren unzufrieden, weil sie zu früh zur Arbeit geweckt wurden und weil die Mittagspausen zu kurz waren; dann waren die Geldstrafen, welche ihnen für die geringsten Vergehen auferlegt wurden, so hohe, daß sie kein Geld nach Vollenbung der Arbeit in ihre Heimath mitzubringen hofften. Zudem erfuhren sie, daß derselbe Morosow den Handlangern, welche er in Omsk mit dem Ausladen der Pakete beschäftigt, einen viel höheren Lohn, nämlich 3 Mark pro Tag bezahlte, während sie im Durchschnitt 1½ Mark bekamen. Nachdem Morosow ihnen ihr Ersehen, sie auch mit dem Barkenausladen zu beschäftigen, abschlug, stellten am 28. Mai von den 488 Arbeitern, die bei dem Bau des Bahnhofes beschäftigt waren, 19 Schreiner die Arbeit ein und verlangten von dem Morosow ihre Pässe zurück, um nach der Heimath zurückkehren zu können. Als Morosow die Pässe nicht herausgab, erhoben die Arbeiter durch den Rechtsanwalt Wilsonow bei dem Friedensrichter eine Klage gegen Morosow wegen Verletzung fremden Eigentums. Der Friedensrichter sprach Morosow zwar von dieser Anklage frei, verurtheilte ihn aber doch zur Auslieferung der Pässe an deren Eigentümer.

Darauf erhob die Eisenbahn-Gendarmerie-Verwaltung bei dem Friedensrichter gegen 9 Arbeiter Anklage auf Grund des § 1358 des Strafgesetzbuches, welcher lautet: „Für eine Arbeitseinstellung auf einer Fabrik oder Manufaktur, welche verabredet worden ist mit dem Zwecke, die Fabrik- oder Manufakturbesitzer zu einer Erhöhung des Lohnes oder zu einer Aenderung anderer Bestimmungen des Miethsvertrages vor dem Ablauf der Frist dieses letzteren zu zwingen, werden die Schuldigen folgenden Strafen unterzogen...“

Die Anklage wurde aber nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen ihren Anwalt Wilsonow erhoben, welcher angeklagt wurde, die Arbeiter zum Streiken

angestiftet zu haben. Alle Angeklagte wurden von dem Friedensrichter freigesprochen, da er es nicht für erwiesen hielt, daß der Zweck der Arbeitseinstellung eine Aenderung der Vertragsbestimmungen gewesen sei.

Nach diesem Urtheil hatten die Behörden Bedenken, ob eine weitere strafrechtliche Verfolgung aus Anlaß der Arbeitseinstellung auf dem Bahnhofs möglich ist, denn der § 1358 spricht nur von Arbeitseinstellungen auf einer Fabrik oder Manufaktur, der Bahnhof in Omsk ist aber weder das eine noch das andere. Doch wurden diese Bedenken zerstreut durch eine Depesche des Justizministers folgenden Inhalts: „Der § 1358 ist auch auf den Streik der Eisenbahnarbeiter anwendbar. Erheben Sie Anklage.“ Diese Depesche, in welcher der Justizminister sich ohne weiteres über das Gesetz hinwegsetzt, wurde vorgelesen in der Sitzung des Kreisgerichts in Omsk, in welcher die Sache nunmehr am 26. Juli auf Grund des Protestes des Staatsanwalts gegen das freisprechende Urtheil des Friedensrichters verhandelt wurde. Das Kreisgericht hielt es für erwiesen, daß der Zweck der Arbeitseinstellung eine Lohnerrhöhung war und verurtheilte drei von den angeklagten Arbeitern zu einer Haft von einem Monat und die sechs anderen zu einer Haft von drei Wochen.

Wilsonow, der Rechtsanwalt der Arbeiter, wurde gleichfalls für schuldig befunden. Seinen Einwand, er könne nicht der Anstifter zur Arbeitseinstellung gewesen sein, da er von derselben erst nachträglich Kenntniß bekommen habe, als die Arbeiter ihn mit der Führung ihres Prozeßes gegen Morosow beauftragten, beantwortete das Gerichtsurtheil mit der Erklärung, es sei nicht nur die Anstiftung zum Beginn eines Streiks, sondern auch die Anstiftung zu einer Weiterführung desselben ein Verbrechen. Die Pflicht Wilsonows sei gewesen, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit anzurathen. Statt dessen hätte er beim Friedensrichter eine Verurtheilung Morosows zur Auslieferung der Pässe erzielt, was zur Folge hatte, daß einen Tag nach dieser Verurtheilung 100 andere Arbeiter von Morosow die Arbeit eingestellt und ihren Arbeitgeber dadurch genöthigt haben, ihnen den Lohn zu erhöhen. Dieser letztere Streik sei daher auch auf das Schuldkonto des Rechtsanwalts Wilsonow zu setzen. Sein ferneres Vergehen bestehe darin, daß, obwohl er sich in der ersten Gerichtsverhandlung bei dem Friedensrichter hätte überzeugen müssen, daß die Arbeiter vertragsbrüchig seien, er doch Berufung eingelegt habe gegen denselben Theil des Urtheils des Friedensrichters, durch welchen Morosow von der Anklage des eigenmächtigen Verfahrens mit fremdem Eigentum freigesprochen wurde. Als Anstifter zum Streik wurde Wilsonow zu einer Haft von fünf Wochen verurtheilt.

Der geistreiche Einsall der Behörden und des Gerichtes in Omsk, den Anwalt von Angeklagten, die den Behörden mißlieblich sind, für die gewissenhafte Ausführung seiner Anwaltspflichten als Mitschuldigen seiner Klienten auf die Anklagebank zu setzen und zu verurtheilen, dürfte die Verwunderung auch der deutschen Reaktionen hervorrufen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 7. Oktober.

Die rechtliche Sonderstellung der Sozialdemokratie wird durch den jüngsten Prozeß, der mit der Verurtheilung unseres Genossen Dietl zu sechs Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung endete, in das hellste Licht gerückt. Nach der Auffassung des erkennenden Gerichts war unserem Kollegen seiner politischen Ueberzeugung halber zuzutrauen, daß er durch die Wiedergabe einer Gerichtsverhandlung wegen Majestätsbeleidigung selbst eine Majestätsbeleidigung begehen wollte. Nur ein Sozialdemokrat, wohlgerichtet, setzt sich diesem Verdacht aus. Deshalb haben denn auch wohl bürgerliche Blätter, nicht aber der „Vorwärts“ jetzt einen vollständigen Bericht über eben jene Verhandlung gegen Dietl bringen können. Wir würden uns nach Auffassung der Brausewetter-Kammer, hätten wir dasselbe geschrieben wie jene Blätter, ja abermals einer Majestätsbeleidigung schuldig machen können.

Braucht es noch eines Beweises dafür, zu welcher absurden Konsequenzen es führt, wenn die politische Tendenz eines Angeklagten oder der von ihm redigierten Zeitung für seine Verurtheilung den Ausschlag giebt? —

Herr Stöcker als Professor der Ethik. Zum Märtyrer hat die „Post“ den theuren Gottesmann mit sammt dem Hammerstein erhoben. Eine nicht minder geschmackvolle Verherrlichung läßt ihm ein Superintendent H. H. Heuer angedeihen. In der „Evangel. Kirchenzeitung“ schreibt diese Leute der protestantischen Gottesgelahrtheit: Die Sorge, es würden unter den im geistlichen Amte wirkenden Theologen nicht Persönlichkeiten in ausreichender Anzahl vorhanden sein, die derartig in wissenschaftlicher Arbeit stehen, um die theologische Wissenschaft auf einer Universität vertreten zu können, ist nicht begründet. Um ganz Einwandfreie zu nennen, verweisen wir nur auf Männer wie Kögel und Stöcker. Würde nicht Kögel, den die günstige Wissenschaft vielleicht nicht als „Fachmann“ in irgend einer theologischen Disziplin gelten lassen wird, seinerzeit nebenamtlich in der neuteamentlichen Exegese und in der Dogmatik akademische Vorlesungen haben halten können, von denen die Studenten in ganz anderem Maße etwas gehabt hätten, als von diesem oder jenem vorläufig im Ring stehenden Vertreter der betreffenden Fächer? Ist nicht Stöcker zu Vorlesungen über Ethik, um nur die zu erwähnen, in einer Weise befähigt, daß diese Disziplin, von ihm gelehrt, alsbald ein Brennpunkt der gesamten theologischen Ausbildung auf der Universität werden würde, in deren Lehrkörper er, wenn auch ebenfalls nur nebenamtlich, eintrete?

Der Stöcker „ebenfalls nur nebenamtlich“ als Professor der Ethik im Brennpunkt der theologischen Ausbildung! Wir gratuliren den Theologie-Studenten der Zukunft.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, erklären wir übrigens hiermit feierlich, daß der p. p. Hölzner kein von uns erfundenes Phantom, sondern ein lebhafter Superintendent und daß die Proklamierung Stöcker's zum

Respekt vor jedem beschriebenen Blatt Papier und glaube, daß es eine Art Fetisch sei und viel zu bedeuten habe. Lesen und schreiben hat die Alte nie gelernt. Gut also; Francia starb auch; ich war ein großer Bursch mittlerweile geworden. Der alte Lopez folgte ihm und regierte in genau derselben Weise, wie sein Vorgänger. Uns kümmerte das sehr wenig in unserem Kamp; wir lebten unser Leben weiter, wie wir es von jeher gewöhnt waren, einen Tag um den anderen, und meine ganze Beschäftigung bestand darin, die kleine Pflanzung für unseren Unterhalt zu besorgen.

Zu übrigen vergnügte ich mich nach der gewöhnlichen Art; ging auf die Jagd, schlief, rauchte und tanzte. Ich war ein echter Indianer geblieben in allem meinem Thun und Treiben, und bin es auch heute noch und werde es bleiben bis zu meinem Tode. Warum, das will ich nicht des längeren erörtern; das eine will ich nur sagen, daß nach meiner Ueberzeugung alles Schlechte, was in das Land gekommen ist, von den Europäern stammt. Das sei genug. Ich habe sie gehaßt und hasse sie. Also von meinem damaligen Leben ist nichts Absonderliches zu sagen. Ich war ein kräftiger Mann, als Francisco Solano Lopez seinem Vater folgte und als der Krieg ausbrach, städte man mich wie alle übrigen unter die Soldaten. Wir fochten wie die Löwen; thaten blind alles, was man uns befohl, eine lange Reihe von Megeleien. Kurz, alles das, was Sie von dem Kriege gehört haben bis zu dem Lager bei San Fernando, habe ich mitgemacht und kam immer davon mit meinem Leben. Nicht immer mit ganz heiler Haut; ich wurde manches Mal verwundet, bekam die Cholera, wurde aber immer wieder hergestellt und trochte Hunger und Noth. Lopez begann es sehr schlecht zu gehen. Der Untergang lag vor seinen Augen und auch von den unsrigen; aber wir waren ge-

Skizzen

[Nachdruck verboten.]

aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

59

Sie müssen mir jetzt erlauben, ein wenig über mich selber zu sprechen, und ich muß dazu sogar ein wenig weit ausholen. Dafür verspreche ich Ihnen ziemlich interessante Dinge zu erzählen; so wenig sonst die Person eines alten Indianers interessant für einen Europäer haben mag. Ich bin also ein Indianer von ganz reinem Blut, wenn ich auch auf der östlichen Seite des Rio Paraguay geboren bin; aber mein Vater und meine Mutter sind im Chaco geboren, und man hat sie dozumal dort eingefangen und nach Asuncion gebracht, wie man wilde Thiere einzufangen und in Käfige zu sperren pflegt. Wer das gethan hat, das war der Tyrann Francia, von dem Sie manches gehört und gelesen haben mögen, und über den Sie noch heute viel hören können, da es ja noch genug Leute giebt, die ihn von Angesicht zu Angesicht gesehen haben. Francia, der, wie Sie wissen, sein Land vor allen Fremden verschloß, war, obwohl er kein echter Indianer war, denn er hatte französisches Blut in seinen Adern, nicht einmal Freund der Mischlinge. Er hatte eben alle Instinkte eines Indianers, und das Blut seiner indianischen Mutter mag deshalb im Uebergewicht gewesen sein gegenüber dem europäischen. Von seinen Grausamkeiten, und was alles damals sich ereignete, will ich Ihnen hier nicht erzählen; das wissen Sie selber, und vielleicht wissen Sie auch, daß sein Helfer und Henker dabei sich Patino nannte, und eben dieser Patino war mein Vater. Natürlich hatte er damals noch keinen Namen gehabt, wie man ihn aus dem Chaco brachte, sondern Francia ließ ihn erst danach auf den Namen Patino taufen, und deswegen heiße

ich heute auch so. Francia hielt jedenfalls einen echten Indianer für die geeignetste Person, seine blutigen Befehle auszuführen, da sie sich meist gegen Mischblut und Fremde richteten; denn der Indianer hat immer einen Haß gegen das europäische Blut, zwar nicht von Hause aus, aber von dem Augenblicke an, da er den Europäer kennen gelernt hat. Genuß, mein Vater folterte, marterte, erschloß, erstach und erzwangte in aller indianischen Ruhe und Kaltblütigkeit alle die ihm Francia überlieferte und bewahrte sich bei dieser Beschäftigung sein reines Gewissen und die Zuneigung von Francia bis zu seinem Tode. Er starb schon vor dem Tode des Francia an einem kleinen Lungenfisch, und dieser blieb seitdem ohne speziellen Henker; sei es, daß er meinen Vater für unersetzlich hielt, sei es aus einem anderen Grunde.

Gab es später irgend etwas bei ihm zu langiren an der Nische auf der Plaza San Francisco, wo allerlei Sachen abgemacht wurden, so ließ er es durch seine Soldaten besorgen, die es auch leidlich genug abmachten. Meinen Vater belohnte der Tyrann für seine Dienste mit der Estancia Cerro Desgracias, und ließ ihm den Titel ausfertigen, den Sie selber gesehen haben. In jener Zeit legte man aber keinen großen Werth auf einen Landbesitz, wie man es heute thut, da man zu jener Zeit weder Käufer noch Verkäufer fand. So war die ganze Sache damals nicht der Rede werth, und so wurde später, als mein Vater starb, nicht einmal daran gedacht, daß meiner Mutter Campo Cerro Desgracias gehörte; umsoweniger, als wir nur unserer zwei Personen waren, die zusammen in einem kleinen Rancho wohnten, Bataten, Mais und Maniok bauten, gerade soviel, als sie zu ihrem Leben nöthig hatten und nichts weiter. Doch hat die Mutter das Dokument immer bei sich behalten; denn sie hatte einen abergläubischen

Die Streikbrecher waren wahrscheinlich von dem „Bund für freie Arbeit“ gestellt. —

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Oktober. Der Reichstag wurde heute in üblicher Weise eröffnet. Beide Thronen wählten ihre bisherigen Präsidenten und Vizepräsidenten wieder. Im Folgeting kündigte Krabbe einen Antrag zu den Grundgesetzen Bestimmungen an, betreffend die Bewilligungsgehalte, die Mitgliederzahl des Folgetings und die Zusammenfassung des Reichsgerichts, nebst einem Antrag betreffend ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit.

Italien.

Rom, 3. September. (Eigener Bericht.) Die Verfolgung der politischen Vergehen in Italien. Neben der Ausübung des Freilassungsbefehls bezüglich der wegen der sizilianischen Unruhen Verurteilten und anlässlich der Septemberfesten Begnadigten enthält ein angeordnetes konservatives Blatt, der Mailänder „Corriere“, höchst bezeichnende Angaben. Die Begnadigten sind keineswegs, wie es das natürlichste gewesen wäre, am Tage der Begnadigung ohne weiteres auf freien Fuß gesetzt, sondern aus den norditalienischen Strafanstalten, in denen sie sich befanden, gesammelt und unter starkem Aufwand von Bedeckungsmannschaften durch ganz Italien geschleppt worden, um nach ihren Heimathorten verbracht zu werden. Unterwegs sind sie zum Uebernachten in Gefängnissen untergebracht worden. Die meisten der in Palermo gelandeten Freigelassenen hatten seit mehreren Tagen nichts gegessen; man hatte wohl für ihre Bewachung, aber nicht für ihre Ernährung gesorgt. Der Advokat Montalto aus Trapani war in dieser Weise neun Tage unterwegs; er war mit gemeinen Verbrechern an dieselbe Kette gefesselt transportiert worden und trug noch die Spuren der Handschellen. Alle Freigelassenen, welche in Palermo ankamen, zeigten die Spuren der im Gefängnis ausgeübten Misshandlung. Unter ihnen befanden sich viele Frauen; beiläufig bemerkt, ein Zeichen dafür, wie tief die sizilianische Bewegung in das Volk eingedrungen war.

Das Gefängniswesen ist einer der wundesten Punkte der öffentlichen Verwaltung in Italien. „Reform des Gefängniswesens“ ist seit Jahrzehnten ein ständiger Artikel in den Programmen aller Ministerien gewesen, aber niemals seit dem Bestehen des Königreichs ist eine Hand zur Besserung angelegt worden. Es geht mit dieser Frage wie mit den berühmten Fragen der Austrohung der pontinischen Sümpfe und der Kultivierung der römischen Campagna; auch diese Gegenstände werden wohl noch Jahrzehnte lang in den politischen Programmen paradiern.

Das italienische Gefängniswesen trägt demzufolge noch einen völlig mittelalterlichen Charakter. Wenn dafür gesorgt ist, daß der Gefangene nicht entfliehen kann, glaubt man alles Nützliche gethan zu haben. Ob der Gefangene im Schmutz verkommt und seine Gesundheit für immer zu Grunde richtet, danach wird nicht gefragt. Es versteht sich unter diesen Umständen von selbst, daß an eine räumliche Scheidung der politischen Gefangenen von den gemeinen Verbrechern niemand denkt. Wenn die am 20. September Begnadigten, die sich rechtlich schon auf freiem Fuße befanden, auf dem Militärtransport in der angegebenen Weise behandelt worden sind, so kann man sich leicht vorstellen, wie es ihnen während ihrer Strafzeit ergangen sein wird.

Die Begnadigung wegen der Unruhen in Sizilien und in den Provinzen Mafia und Carrara ist bekanntlich, trotz des gegenseitigen Versprechens, keine vollständige gewesen: die zu den höchsten Strafen Verurteilten sind noch nicht begnadigt worden. Aber selbst wenn die durch die Militärgerichte Verurteilten sich alle auf freiem Fuße befänden, würde noch ein Bestand von politischen Gefangenen übrig bleiben, der an Zahl die Zahl der begnadigten Sizilianer bei weitem übersteigt. Es sind dies die zu dem sogenannten Zwangswohnsitz verurteilten Mitglieder sozialistischer und anarchistischer Vereine aus ganz Italien. Das Crispien'sche Gesetz, durch welches sich alle Alpeninseln der mitteländischen und der adriatischen Küste mit Verbannenen dieser Art gefüllt haben, war angeblich nur gegen gewaltthätige anarchistische Attentate gerichtet; aber seine absichtlich unklare Fassung erregte selbst in der gefügigen Abgeordnetenkammer Bedenken und Crispien sah sich zu der ausdrücklichen Erklärung gezwungen, daß er keine Ausdehnung der angeordneten Strafen auf andere Parteien beabsichtige. Anstatt dessen ist die lange Verurteilung des Parlaments von ihm benutzt worden, alle Mitglieder sozialistischer und republikanischer Vereine und alle rein theoretischen Anarchisten einem Strafverfahren zu unterziehen, welches sich nur auf gewaltthätige thatliche Umsturzversuche beziehen sollte. Das Strafverfahren ist sehr einfach: eine administrative Kommission konstatirt, daß jemand Mitglied eines Vereins ist, in dessen Programm revolutionäre Bestrebungen vorkommen; dies genügt, um den betreffenden aus seinen Nahrungsverhältnissen herauszureißen und zum Zwangswohnsitz an einem bestimmten Orte zu verurtheilen. Von der Begnadigung der vielen hundert solcher Verbannten ist bisher nicht einmal die Rede gewesen.

Es geht aus dem Gesagten hervor, welch' ungeheuren Aufwand von Gendarmerie die Verfolgung der politischen Vergehen in Italien erfordert. Und eine solche Kraftvergeudung gestattet sich ein Land, in welchem gerade in letzter Zeit die öffentliche Sicherheit durch die Zunahme der gemeinen Verbrechen in einer Weise kompromittirt ist, daß nur die Konzentration der gesamten Polizeimacht Abhilfe schaffen könnte.

Spanien.

Kuba. Könnten die kubanischen Schwierigkeiten durch Madrid's Siegesdepechen aus der Welt geschafft werden, so wäre der Ausstand sicherlich längst beendet. Gestern wurde aus Havanna telegraphirt:

Am dem Flusse Guayabal schlugen am 25. v. M. 1800 Spanier unter dem Oberbefehl des Generals Echague 3800 Aufständische, die von Antonio Maceo befehligt wurden. Antonio Maceo soll mit mehreren anderen gefallen sein. Der Feind floh unter Hinterlassung von Waffen und Munition. Auf spanischer Seite wurden vier Mann verwundet.

Wäre diese Nachricht richtig, dann hätte die spanische Regierung es wahrlich nicht nöthig, demnach 25 Bataillone als Nachschub nach Kuba zu entsenden.

Aus Kuba wird ferner mitgetheilt, Marschall Martinez Campos habe einem Journalisten erklärt, seiner Ansicht nach sei die Einführung der Autonomie auf Kuba sehr schwierig, da die Autonomisten unter sich vollständig uneinig seien über seine Führer die Mittel, welche zur Unabhängigkeit Kubas führen sollen. Andererseits sei aber auch die Unterdrückung der Revolution sehr schwer und könne nur dadurch erzielt werden, daß die Insel vollständig militärisch besetzt werde.

Da dazu die Mittel Spaniens und trotz des größten Steuerdruckes auch die Kubas nicht ausreichen können, so heißt dies nichts anderes, als daß mit dem Verzicht auf Kuba von den spanischen Staatsmännern schon ernstlich gerechnet wird. —

Serbien.

Die Haiduken, die den spanischen Guerrillas entsprechen, waren, so lange es dem Kampfe gegen die türkische Fremdherrschaft galt, der Gegenstand dichterischer Verherrlichung. Sie waren die Helden des Volksliedes, bewundert von der ganzen Nation. Jetzt, wo die türkische Fremdherrschaft durch die am klein Paar bessere Willkürherrschaft der Obrenowichs abgelöst ist, wo die einzige volkshämische Partei Serbiens, die radikale, unterdrückt wird, regen sich wieder die Haiduken in den serbischen Gebirgen. Mit derselben Grausamkeit und Hartnäckigkeit, mit der die Haiduken von den türkischen Paschas verfolgt wurden, werden sie jetzt von der „nationalen“ Regierung, die zum großen Theil ihnen die Erlaubnis verdankt, drangsalirt. Eine Depesche aus Belgrad meldet hierüber:

Ein wegen seiner Strenge weit bekannter Offizier wurde für diejenigen Distrikte, in denen das Haidukenwesen sich immer mehr ausbreitet, mit außerordentlichen Vollmachten zum Vorfeksen ernannt. Er hat bereits die Umsiedlung der Einwohner mehrerer Dörfer, in welchen die Haiduken besonders stark haufen, angeordnet. —

Türkei.

Die Unruhen in Konstantinopel scheinen vorläufig beendet zu sein, die Aufregung hat sich aber noch nicht gelegt, die Furcht der Christen ist noch sehr groß. Aus Konstantinopel liegen die folgenden Meldungen vor:

Nach türkischen Angaben sollen 60 Soldaten verbannt und viele verhaftet worden sein. Bei dem Dienstag nachts in dem armenischen Stadtviertel der Vorstadt Kassimpascha größtentheils von logischen Parteiführern und türkischen Tagelöhnern verübten Gemethel sollen über 100 Armenier getödtet worden sein.

Sonabend Mittag befanden sich in der armenischen Dreifaltigkeitkirche zu Pera 1200, in der Georgskirche zu Galata 500, in der Kathedrale von Rum-Kapu 600 Flüchtlinge. Einzelne neue Ankömmlinge berichten von neuen Gewaltthaten; die Prüfung dieser Nachrichten ist bisher jedoch noch nicht möglich gewesen. Die Aufregung unter der türkischen und armenischen Bevölkerung dauert fort. Daß es in Rodosto (in der Nähe von Konstantinopel) zu blutigen Vorfällen größeren Maßstabes gekommen ist, bestätigt sich.

Am Sonabend Abend wurden von der Polizei 28 Leichen, darunter die einer Frau, dem armenischen Patriarchat übergeben. Gegenüber der von armenischer Seite in der letzten Zeit auf 700 angegebene Zahl der Opfer, ist festzustellen, daß dieselbe auf grund genauer Recherchen nicht 200 bis 300 übersteigt. Bei dem Patriarchat ist eine beträchtliche Zahl von Familienangehörigen als vermisst angemeldet. Das Portal der Kathedrale in Rum-Kapu ist im Auftrage des Patriarchen schwarz umflort.

Aus einigen Provinzen laufen Meldungen über Unruhen ein, denen man indessen keinen Glauben schenkt.

Aus Athen wird telegraphirt: Infolge der Vorgänge in Konstantinopel herrscht hier fieberhafte Aufregung, welche fortwährend neue Nahrung erhält durch Gerüchte über bevorstehende englische und russische Flottendemonstrationen. Die hiesigen Blätter bringen abenteuerliche Gerüchte und übertriebene Nachrichten. Unter anderem wird gemeldet, im Piräus seien armenische Flüchtlinge angelangt, welche über die Konstantinopeler Unruhen schreckliche Einzelheiten berichten. Es soll sich aber nur um zwei Armerier handeln, welche wegen der Ausschreitungen hierher geflüchtet sind. —

Die Vorkämpfer beschlossen am Sonntag die kollektive Ueberreichung einer Verbalnote an die Pforte, in welcher angefragt wird, welche Vorkehrungen die Pforte zur Beschwichtigung der Erregung unter den Mohammedanern und Armeniern und zum Schutze der Christen und Ausländer zu treffen gedenke und worin ferner eine strenge Untersuchung der letzten Vorgänge gefordert wird. —

Äfrika.

Italienische Kolonialfreunde. Neue schwere Opfer dürften dem italienischen Volke durch die Kolonial-Abenteuer aufgebürdet werden. Auf dem Gebiete der erythräischen Kolonie bereiten sich wieder kriegerische Ereignisse vor, die große Opfer an Gut und Blut fordern dürften. Der Hauptgegner Italiens, das Manganascha, rückt mit mehr als 5000 modern bewaffneten Soldaten gegen die italienische Kolonie vor. —

Vom Kongo Staat. Ein Antwerpener Blatt meldet, man gehe am Kongo mit der Aushebung von 6000 eingeborenen Soldaten vor, die ein von Baron Dhanis befehligtes Expeditionskorps bilden sollen, zu dem Zwecke, die gegenwärtig leicht (A) erschütterte Autorität des unabhängigen Kongostaates an den Ufern des Kongo zu befestigen. Baron Dhanis werde sich mit dem nächsten Dampfer nach dem Kongo begeben. Der Generalgouverneur des Kongostaates de Wahlis sei bereits mit der Bildung des genannten Expeditionskorps beschäftigt.

Wenn man 6000 neue Soldaten am Kongo braucht, um die leicht erschütterte Autorität zu befestigen, dann möchten wir wohl wissen, wie viel nöthig sind, wenn die Autorität schwer erschüttert ist. Wir glauben, der Schaden, der durch den Tropenkoller der Beamten angerichtet wird, kann durch noch so viele Soldaten nicht reparirt werden. —

Madagaskar. Die Londoner „Pall Mall Gazette“ veröffentlicht folgende Depesche aus Antananarivo vom 25. September: Eine wüthende Menge drang in den englischen Kirchhof ein, zerbrach die Särgen und verstreute die Leichname. Die malagassische Armee in Antananarivo ist von der französischen Streitmacht hart bedrängt. Die französischen und malagassischen Truppen sind jetzt von der Hauptstadt aus sichtbar; Kanonendonner wird deutlich hier vernommen. Es verlautet, daß eine diplomatische Mission abging, um mit den Franzosen zu unterhandeln. —

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Breslau, den 6. Oktober 1895.

Vorversammlung.

In dem festlich geschmückten Saale zum „Deutschen Kronprinzen“ trafen nach 7 Uhr abends die Delegirten zur Vorversammlung zusammen. Etwa 200 Delegirte sind erschienen. Der für die Zuhörer zur Verfügung stehende Raum erweist sich als viel zu klein. Podium, Rednertribüne und Gallerie sind mit rothem Tuch ausgeschlagen und mit Girlanden geschmückt. Die Büsten von Lassalle und Marx und das von einem Lorbeerkranz umrahmte Bildnis Friedrich Engels bilden auf die Delegirten herab. Die beiden Büsten der großen Vorkämpfer verbindet eine breite Schleife mit dem alten Kampfeswort: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Darüber weht die rote Fahne der „sozialdemokratischen Arbeiter zu Breslau“ aus dem Jahre 1873 mit der Aufschrift: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Einigkeit macht stark.

Von den zahlreichen Sinsprüchen, die die Wände schmücken, seien folgende genannt: „Freiheit und Wahrheit, das sind die Stützen der Gesellschaft.“ (Jöben). „Von allen Beschuldigungen, die man gegen den Sozialismus anführt, ist nicht eine, die man nicht auch gegen das Christenthum erheben hätte.“ (St. Will). „Die Sache der Arbeiter ist in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit.“ (Lassalle). „Jede große Reform hat nicht darin bestanden, etwas Neues zu thun, sondern das alte abzuschaufen.“ (Walle). „Nag es oder nicht gefallen, jedes wahre Wort — eine Wohlthat ist es allen, und so wirkt und lebt es fort.“ (Ling). „Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie.“ (Engels). „Gleichheit ist immer der Probestein der Gerechtigkeit, und beide machen das Wesen der Freiheit.“ (Seume). „Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener Bekehrungen ausgeführt worden, deren Auseinanderfolge die Weltgeschichte bildet.“ (Lassalle). „Die Frage nach der Länge des Arbeitstages ist die Frage nach dem Stand der Zivilisation.“ (Brentano). „Gefährlich ist nur das unterdrückte Wort; das verachtete rächt sich, das ausgesprochene ist nie vergebens.“ (Börne).

Der Arbeiter-Sängerbund begrüßt die Erschienenen mit einem schwungvoll vorgetragenen Liede. Dann heißt im Namen des Lokalkomitees Genosse Bruch den Parteitag willkommen:

Wir wissen die Ehre zu würdigen, den Parteitag in unseren Mauern zu haben und werden mit Eifer bemüht sein, unseren Freunden und Gästen ihre schwere Arbeit nach Kräften zu erleichtern.

Dieser Parteitag wird uns ein kräftiger Ansporn zu erneuter Thätigkeit sein. Wir in Breslau sind nicht weich geübt; harte Verfolgungen haben wir zu bestehen, aber unermüdet sind wir thätig und bald wird der Tag gekommen sein, wo die gesamte Arbeiterchaft Breslaus der Fahne der Sozialdemokratie folgt. — Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, das begeisterten Wiederhall findet, schließt der Redner.

Das Wort nimmt hierauf

Liebe Leute: Genossinnen und Genossen! Indem ich hiermit im Auftrage des Vorstandes den sechsten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie seit dem Falle des Sozialisten-Gesetzes eröffne, gebe ich der Freude Ausdruck, daß diese Versammlung hier so zahlreich besucht ist. Darin, daß die Zahl der Delegirten eine so große ist, zeigt sich, wie sehr die Sozialdemokratie den Ernst des Kampfes verstanden hat, in dem wir jetzt begriffen sind. Es ist von mir, als ich vor einem Jahre in Frankfurt den Parteitag eröffnete, darauf hingewiesen worden, daß wir auf geschichtlichem Boden tagten. Aber, soweit die Parteigeschichte ins Spiel kommt, ist Breslau noch denkwürdiger, als es Frankfurt gewesen ist. Heute tagen wir in der Stadt, wo Ferdinand Lassalle geboren wurde, der Mann, von dem die moderne organisierte deutsche Arbeiterchaft ihren Ausgang genommen hat. Wir tagen in der Stadt, welche die Gebeine Ferdinand Lassalle's birgt, welche die Gebeine anderer Vorkämpfer unserer Partei, eines Reinders, eines Kasper, eines Kräder birgt. Wir tagen aber auch in der Hauptstadt derjenigen Provinz, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, in welcher der Gegensatz der Klassen früher als in irgend einem anderen Theile Deutschlands zu Tage getreten ist, in welcher ein Kampf gekämpft wurde, ähnlich wie wir ihn 1838 und 1839 in Lyon hatten, ein Kampf der Armen gegen die Reichen. Es sind jetzt 51 Jahre und einige Monate her, da brach in Schlesien der Weberaufstand aus, der so blutig unterdrückt wurde, der Weberaufstand, welcher der modernen Gesellschaft ihre Sünden vor Augen geführt hat, und der noch heute das Gewissen dieser Gesellschaft so schlagen läßt im Angesicht ihrer ungeheuren Sünden, daß man nicht einmal gewagt hat, das bloße Abbild, welches von diesem Aufstand für die Bühne gegeben wurde, aufzuführen zu lassen. Es ist der Kampf, der einen Heinrich Heine zu dem vielleicht größten Revolutionslied der deutschen Nation, zu seinem Weberliede, begeistert hat. Das Gend dieser Provinz an der Seite des größten Reichthums hat einem Ferdinand Freiligrath sein unsterbliches Gedicht von Hühnerzahl eingegeben. Der Hühnerzahl, den das arme Proletariat anrief, daß wir ein Geißt der Vergangenheit; der hat das Kind nicht retten können, der hat die Eltern nicht retten können vor dem Hungertode.

Aber es ist ein neuer Geist gekommen. Anknüpfend an jene Bewegung hat der Same des Sozialismus und, wie man es damals nannte, des Kommunismus, in Schlesien Boden gefaßt. Schlesien ist noch früher als das Rheinland, wo ebenfalls die Klassengegensätze auf deutschem Boden zum ersten Male, ohne von Frankreich oder England importirt zu sein, auseinandergeplatzt, das Land, wo der kommunistische Gedanke aufgetaucht ist. Wir haben zuerst in den 40er Jahren Kommunismen hier gehabt, hier wandelte der berühmte Stieber als „Waler Schmidt“ umher, hier spielten sich die Prozesse gegen Schöllgen und andere ab. Und seitdem ist niemals der Sozialismus hier versiegt. Hier wurde am 10. Juli 1848 von einer Volksversammlung der Beschluß gefaßt, an der Universität Breslau einen Lehrstuhl des Sozialismus zu errichten und der Mann, der hier am thätigsten war für die Sache des Sozialismus, Nees v. Esenbeck, ein Mann der Wissenschaft, war der Vorsitzende des sozialdemokratischen Kongresses, der im September und Oktober 1848 in Berlin tagte. Niemals ist die Saat des Sozialismus hier erloschen worden, und das Ferd. Lassalle auf dieser historischen Stätte des Sozialismus Sozialist werden mußte, ein Vorkämpfer des Sozialismus, das war nicht ein Zufall. Was Lassalle war, habe ich hier nicht hervorzuheben; wir sind keine Männer des Personenkultus. Lassalle hat jedoch begangen, sich getäuelt, aber das Verdienst bleibt ihm, daß er die moderne Arbeiterbewegung in Fluß gebracht hat. Er war ein Schüler von Marx und Engels, die nun auch beide jetzt gestorben sind. Engels ist erst vor jetzt zwei Monaten gestorben. Diese drei Männer sind es, denen das Proletariat vor allen anderen Dank schuldet. Als Lassalle, der Denker und Kämpfer, starb, da war die Sozialdemokratie, soweit sie organisiert ist, noch schwach; sie bestand aus kaum mehr Tausenden, als heute die Partei Millionen zählt.

Wenn wir zurückblicken auf die Geschichte der Partei, dann sehen wir so recht, daß diese Partei nicht wurzelt in Persönlichkeiten von Talent, Genie, sondern wurzelt in den Verhältnissen. Als Agitator in Wort und Schrift, da wird keiner der heutigen Agitatoren mit Lassalle sich vergleichen wollen. Wir haben heute Millionen von Anhängern gewonnen und Lassalle hatte deren nur wenige, weil damals die Verhältnisse noch nicht entwickelt waren, weil der Kapitalismus noch neu war, weil er seinen verheerenden Hundgang durch Deutschland noch nicht vollendet hatte, weil man damals noch an das Evangelium Schulgelehrter's glauben konnte, der da sagte, daß jeder sparsame Mann noch zu Bildung und Wohlstand gelangen könne. Heute glaubt das niemand mehr. Es ist nicht die sozialdemokratische Agitation allein, es sind die Verhältnisse, es ist die Logik der Thatsachen und das Entwicklungsgeß der Gesellschaft, welche den Kapitalismus gezwungen haben, das Privateigenthum an den Produkten, an den Erzeugnissen der Arbeit zu zerstören, die Masse des Mittelstandes zu vernichten, das kleine Eigenthum zu vernichten und die Masse des Volks zu proletarisiren. Die Sozialdemokratie hat gefaßt in die Furchen, welche durch den Kapitalismus der Gesellschaft eingezogen sind. Die Machthaber haben alles versucht, die Bewegung niederzuschlagen. Trotz aller Verfolgungen von den Zeiten Lassalle's ab bis heute haben sich die Sozialdemokraten von Jahr zu Jahr vermehrt; die Partei hat immer festere Wurzeln geschlagen in den Stürmen der politischen Kämpfe. Deutschland ist das Land der Denker, aber auch gewissermaßen das Land der Gemüthlichkeit, aber die deutschen Sozialdemokraten haben trotzdem den nötigen Kampfesmut, die Entschlossenheit. Unsere Partei ist also nicht nur eine Partei der Wissenschaft, sondern auch des Kampfes, und so können wir unseren Feinden nur dankbar dafür sein, daß sie uns durch die Verfolgungen, durch ihre Ausnahmegesetze immer nur genügt haben.

Als wir vor einem Jahre in Frankfurt zusammentraten, war uns ein Umsturzgesetz angelündigt. Wir sagten, möge ein solches Gesetz kommen, es wird vielleicht Manches und Manches umstürzen, aber niemals die Sozialdemokratie! (Beifall) Und was ist aus dieser Bewegung geworden? Der Mann, der die Hand dazu that, das Gesetz vor dem Reichstag zu bringen, Caprivi, er wurde gestürzt, und sein Nachfolger, Herr von Hohenlohe, der die Erbschaft übernahm und das Gesetz durchzubringen versuchte, mußte die Erfahrung machen, daß man, um die Sozialdemokratie zu vernichten, Wissenschaft und Kunst angreifen und die Kultur zerstören mußte. Damit ist anerkannt worden, daß die Sozialdemokratie, die ja auf dem Boden der Wissenschaft steht, diejenige Partei ist, welche die Errungenschaften unserer Kultur zu vertheidigen hat in der Zeit des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft, die, wenn sie zum Ziele käme, uns der Barbarei zuführen würde. Denn sie kann nicht bestehen mit den Gesetzen der Zivilisation, sie muß die mächtigste Partei Deutschlands außerhalb des Gesetzes erklären, sie muß die Gesetze doppelt anwenden, anders gegen Sozialdemokraten, anders gegen andere; sie muß bekennen, daß die Grundlagen des heutigen Staates nicht ausreichen, obgleich sie selbst die Gesetze gemacht hat. Um die Sozialdemokratie niederzuwerfen, muß sie die Reichsverfassung zerstören und das allgemeine Wahlrecht vernichten. Nun, sie möge es ver-

suchen! Das allgemeine Stimmrecht wird von der Sozialdemokratie verteidigt werden. Der Denker und Kämpfer, der hier auf dem Friedhofe begraben liegt, Vassallo, hat das unsterbliche Verdienst, die deutsche Arbeiterklasse den Werth des allgemeinen Wahlrechts gelehrt zu haben. Die Sozialdemokratie war von allen Parteien die erste, die diese Waffe benutzt hat, sie hat sie benutzt, ehe die kapitalistischen Parteien Verständnis dafür hatten, und die Taktik der deutschen Arbeiterpartei in der Verneinung des Wahlrechts ist schließlich von allen Parteien in allen übrigen Ländern, in Belgien, Frankreich, Italien und überall übernommen worden. Denn wir haben, belehrt von Vassallo, diese Waffe zu schwingen gewußt, so daß alle größeren Parteien sich uns nicht gewachsen gefühlt haben. Die Arbeiterbewegung hat in jammervoller Weise Schiffbruch gelitten, aber jetzt fängt sie wieder eine neue Bewegung an; unter dem Schutze der Staatsmacht beleidigt man die Sozialdemokratie, unter dem Schutze dieser Staatsmacht ist der Partei der Fehdehandschuh hingeworfen worden zum Kampf auf Leben und Tod. Wohlan, was die Beleidigungen unserer Partei betrifft, so stehen wir zu hoch, als daß sie uns erreichen könnten. (Lebhafter Beifall.) Und wenn man uns den Kampf anbietet, so stehen wir und kämpfen. (Beifall.) Wir werden kämpfen auf dem Boden, auf dem wir jetzt vorgetragen sind. Die Dinge sind heute, wie Engels trefflich nachgewiesen hat, soweit gediehen, daß der Kapitalismus mit seinen eigenen Gesetzen die Herrschaft nicht mehr behaupten kann; daß diese Gesetze verteidigt werden müssen von der Sozialdemokratie. Das Grundgesetz, das allgemeine Wahlrecht, es wird von unserer Partei verteidigt werden. Die Macht des Deutschen Reiches und seine Lebensfähigkeit beruht nicht auf den Bonjourneten, darauf kann kein Gemeinwesen beruhen, sondern auf dem allgemeinen Wahlrecht. Das Deutsche Reich hat den deutschen Arbeitern das Wahlrecht gegeben, welches die Einzelstaaten und der frühere Deutsche Bund ihnen versagt hatten. Darin liegt der Werth des Reiches, und wenn man der Arbeiterklasse, ohne welche das Reich nicht bestehen kann, das allgemeine Wahlrecht nimmt, so geht entweder das Deutsche Reich zu Grunde, oder aber die Sozialdemokratie liegt. (Beifall.) Oder, ich brauche lieber einen anderen Gegensatz, denn die Sozialdemokratie kann nicht erliegen, aber das Deutsche Reich in seiner jetzigen Gestalt kann erliegen, wenn es diejenigen, auf die es sich zu stützen hat, von sich stößt und bekämpft. Aber wie dem immer sei, wir werden den Kampf führen; jeder von uns weiß, worum es sich handelt, jeder von uns ist erprobt in der Schule des Kampfes und entschlossen, seine Schuldigkeit zu thun.

Was nun den Kongress betrifft, so habe ich nicht nöthig, Sie zu mahnen, den Gegenständen, die wir zu verhandeln haben, Ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Ein Gegenstand, der uns am meisten beschäftigen wird, ist in der Presse in der gründlichsten Debatte monatelang vorher diskutiert und behandelt worden. Da plagen denn, wenn wir Prinzipienkämpfe führen, die Geister auseinander, und unsere Gegner glauben, daß die Partei auseinandergeht. O, wie schlecht sie die Partei kennen! Durch die rückfällige Kritik, die wir über den Beispiel wirklich freier Staaten, klären wir die Luft, dadurch üben wir uns im Kampf, wir schaffen Klarheit und Kraft für die Partei, und das persönliche Moment, welches vielleicht in der Hitze der Debatte hervortritt, läßt sich sehr bald auf, und diejenigen, die vielleicht wild auf einander losgeschlagen, reichen sich nachher wieder die Bruderhand. Auch auf diesem Kongress werden die Geister auseinander plagen, aber die Klarheit unserer Prinzipien wird dadurch nur gewinnen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß dieser Kongress so wie die früheren die Partei stärken möge nach innen wie nach außen und sie vorbereiten helfe zu den neuen Kämpfen, die uns erwarten. Für uns ist die Logik der Thatsachen, welche steht über der Kraft jedes einzelnen Menschen und habe er Millionen von Bonjourneten. Der Kampf erschreckt uns nicht. Je rückfälliger er geführt wird, desto rascher wird er beendet. Daß wir siegen, wissen wir. Der Sieg liegt in unserer Hand, wenn wir nicht selbst uns preisgeben! (Stürmischer Beifall.)

Ich ersuche Sie nun um Vorschläge für die Wahl der Präsidenten.

Es wird zur Wahl des Bureaus geschritten.

Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag Buchwalds-Altenburg Singer und Segitz-Nürnberg durch Zuvor gewählt.

Singer nimmt die Wahl dankend an. Ich danke — sagt er — für die Ehre, die mir nun schon mehrere Male erwiesen worden ist. Ich kann meinen Dank für Ihre Vertrauen nicht besser ausdrücken, als indem ich Sie versichere, daß ich mit Eifer meine Pflicht thun werde. Wir wissen uns der Unterstützung aller Genossen sicher und was Vieles nicht ausgesprochen hat, wird sich erfüllen. Ich schlage vor, daß der Parteitag dem tiefen Schmerz und der Trauer, von der die internationale Sozialdemokratie am 5. August d. J. betroffen worden ist, Ausdruck giebt. Friedrich Engels ist gestorben; seine Leistungen für die Partei, seine bahnbrechende Thätigkeit in wissenschaftlicher Beziehung sind bereits gewürdigt worden. Die Partei hat da, wo sie auf einzelnen Parteitagen zusammenkam, dem Gefühl der Dankbarkeit bereits Ausdruck gegeben, aber doch wird jeder zustimmen, wenn ich sage, daß nach dem Tode Friedrich Engels heute kein höherer Wunsch bestehen wird, als auch Ihrerseits dem Gefühl der Verehrung, des Schmerzes um den großen Dahingegangenen Ausdruck zu geben. Ich bitte Sie, daß Sie sich von den Plagen erheben. (Geschloß.)

Es folgt die Wahl der Schriftführer. Auf Vorschlag von Bogens-Altenburg werden durch Zuvor gewählt: Bruns-Breslau, Feldmann-Langenbleien, Fischer-Breslau, Koblentz-Berlin, Frau Geiser-Breslau und Stolten-Hamburg.

Für die Mandatsprüfungskommission werden vorgeschlagen: Altberg-Berlin, Berger-Danzig, Bamberger-Gameln, Gewehr-Erfeld, Haug-Freiburg, Niemann-Peipzig, Martille-Hamburg, Michaelis-Waldenburg und Frau Zeitlin-Stuttgart.

Da Berger, Frau Zeitlin und Michaelis nicht anwesend sind, werden Kiesel-Berlin, Stolpe-Glogau und Frau Köhler-Hamburg vorgeschlagen und die so vervollständigte Liste durch Zuvor angenommen.

Der Geschäftsordnungs-Entwurf ist der gleiche, wie in den Vorjahren geblieben.

Hug-Bant beantragte dazu, die Redezeit auf 20 Minuten statt auf 10 festzusetzen, zieht den Antrag aber, nachdem Mehner-Berlin dagegen gesprochen hat, zurück.

Bogens-Altenburg beantragte, die Redezeit des Referenten der Agrarkommission auf 2 Stunden statt einer festzusetzen. (Widerspruch.)

Singer: Darüber zu reden ist Zeit, wenn wir zu dem Punkte kommen.

Zu Punkt 7 des Geschäftsordnungs-Entwurfs bringt Dr. Krons-Berlin den Antrag der Parteigenossen des ersten Berliner Wahlkreises ein: „Theilnahme an den Parteitagen und den Abstimmungen derselben. Die einzelnen Wahlkreise können ohne Rücksicht auf die Stärke ihrer Wählerzahl vertreten sein, jedoch gelten bei allen wichtigen Abstimmungen folgende Beschränkungen: Kreise, die bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl bis 4000 sozialdemokratische Stimmen ausgebracht, haben 1 Stimme, 4—10 000 haben 2 Stimmen und jedes weitere 10 000 je 1 Stimme mehr auszubilden.“

Dortel-Nürnberg: Auf 5 Parteitagen sind wir mit dem bisherigen Modus auskommen. Ich bitte den Antrag der Berliner abzulehnen.

Dr. Krons-Berlin: Es handelt sich um eine bescheidene Forderung der Berliner. Berlin könnte gegenwärtig 18 Delegirte entsenden, drei auf jeden Wahlkreis. Durch unseren Vorschlag würde Berlin 24 Stimmen erhalten. Berlin hat eine Bevölkerung von 1 700 000. Es müßte also eigentlich aus 17 Wahlkreisen bestehen.

Wir fordern beständig die Neuregulierung der Wahlkreise und wir wissen, weshalb sie uns verweigert wird. Wir würden dann auf unsere Kongresse von Berlin 51 Delegirte senden können. Der Vorschlag, den wir bringen, ändert wenig. Er ist nur dazu bestimmt, eine gerechtere Art der Abstimmung anzubahnen.

Mollenhuth bittet, den Antrag abzulehnen; ob die Berliner mit ihren Forderungen bescheiden oder unbescheiden seien, kommt nicht in Betracht, sondern nur der Umstand, daß durch Annahme des Antrages mit dem bisherigen System gebrochen wird. Außerdem würden dadurch Unzulänglichkeiten hervorgerufen, ferner würde der Delegirte einfach dazu herabgedrückt, seine Stimme abzugeben, eine Debatte wäre dann überflüssig, und man könnte ja schriftlich abstimmen. Die Wahlkreise seien jetzt nach ihrer Stärke vertreten.

Stadtthagen betont, daß der Antrag in Berlin in keiner einzigen Verhandlung vorgebracht, sondern nur von den Delegirten beraten sei. Der Antrag müsse aus Gründen der Gerechtigkeit abgelehnt werden. Jeder Delegirte habe die Interessen der Gesamtpartei, nicht die eines bestimmten Wahlkreises zu vertreten (Beifall), gleichviel ob hunderte oder tausende hinter ihm stünden. Man solle nicht den Mangel an Gründen durch eine schlechte Geschäftsordnung zu verdecken suchen.

Hoffmann-Bielefeld hält den Antrag geschäftsordnungs-mäßig nicht für zulässig, da der jetzige Parteitag noch auf Grund der alten Geschäftsordnung gewählt sei, und beantragte deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem Timm-Berlin den Uebergang zur Tagesordnung bekämpft hat, beschließt der Parteitag, über den Antrag Krons und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Zu Punkt 8 des Geschäftsordnungs-Entwurfs liegt ein Antrag der Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises vor, welcher eine Verlesung der Präsenzliste zu Beginn jeder Sitzung und eine Namhaftmachung der Fehlenden im Protokoll bezweckt.

Nach kurzer Debatte, an welcher sich Hoch-Berlin, Mehner-Berlin, Külle-Würzburg, Gehle-Charlottenburg theilnahmen, wird der Antrag abgelehnt und Punkt 8 des Entwurfs, sowie der Entwurf in seinem Gesamttheil angenommen.

Nunmehr wird die Tagesordnung festgestellt. Punkt 1 Geschäftsbericht des Parteivorstandes, 2. Bericht der Kontrolleure, 3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit, werden an ihrer Stelle behandelt werden. Dagegen erhebt sich eine längere Debatte über die Stelle, an der Punkt 6, die Vorschläge der Agrarkommission zu dem Parteiprogramm, behandelt werden soll. Külle-Würzburg, Mehner-Hamburg, Weber u. a. wünschen, daß die Agrarkommission als 4. Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, da es sonst möglich sei, daß die Behandlung dieser so wichtigen Frage, ähnlich wie im vorigen Jahre in Frankfurt a. M., über's Knie gebrochen oder doch nicht so vollständig, wie nöthig ist, erörtert werden kann. Nach einem Antrage auf Schluß der Diskussion wird beschlossen, Punkt 6 der provisorischen Tagesordnung als vierten Punkt zu behandeln.

Punkt 4, die Mailer 1896, und Punkt 5, der internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in London 1896, rufen so nach an die fünfte resp. sechste Stelle. Punkt 7, Schwitzsch, Hausindustrie und Arbeiterschutz, 8. Anträge zum Parteiprogramm und Organisation, 9. sonstige Anträge, 10. Wahl der Parteileitung werden an ihrer Stelle behandelt.

Die Arbeitszeit des Kongresses ist die übliche von 9—1 Uhr und 3—7 Uhr.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Schluß 8 1/4 Uhr.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Anlässlich der bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen hielt Genosse Weber in Limbach und Pirna zwei Wahlversammlungen ab, die so stark besucht waren, daß viele Hunderte keinen Zutritt mehr fanden. Den gleichen Erfolg hatten zwei große Volksversammlungen in Görlitz und Breslau, wo Weber ebenfalls sprach. Ueber die letztere Versammlung, die am Sonntag stattfand, berichtet der Telegraph: Wegen des enormen Andrangs hatte die Polizei den Saal schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung gesperrt. Weber sprach in 1 1/2 stündiger Rede über Handwerk und Sozialdemokratie. Er schilderte die traurige Lage des Handwerks und wandte sich gegen die zu dessen Erhebung geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen. Der Kaiser habe seinerzeit einer Deputation versprochen, nach Kräften dahin zu wirken, daß das Handwerk, wie früher, goldenen Boden habe. Dies könne jedoch kein Kaiser und König. Weber griff alsdann die Schutzpolizei an, die nicht dem Handwerk, sondern den Großkapitalisten auf die Strömung geholfen habe. Den Rückgang des Handwerks bewies Weber durch umfangreiches statistisches Zahlenmaterial. Die Sozialdemokratie wolle nicht, wie die Gegner behaupten, mittelalterliche Zustände zurück haben, sondern sie wolle auf der Bahn des Fortschritts weiterstreiten. Handwerker und Arbeiter müßten sich zusammen organisiren, um bessere Verhältnisse zu schaffen und energisch und freudig kämpfen um zu siegen. Weber erntete nach Schluß seines Vortrages frenetischen Beifall.

Zur Stadtverordnetenwahl in Koburg, die in diesen Tagen vor sich geht, sind zum ersten Mal sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt.

In Jülich soll die jetzt wöchentlich erscheinende „Arbeiterstimme“ in ein Tagesblatt verwandelt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Unter neuen Kurs. Redakteur Baumüller in Magdeburg bleibt in Haft, da die Beschwerde gegen den betreffenden Beschluß des Amtsgerichts zurückgewiesen worden ist.

In Dortmund hat Redakteur Dr. Lütgenau betreffs der angeblichen Majestätsbeleidigung jetzt die Anklageschrift erhalten. Ebenfalls wegen vorgedachter Majestätsbeleidigung ist gegen die Parteigenossen Waerer und Perschke in Harburg eine Untersuchung eingeleitet.

Im Gefängnis empfing der im Essener Prozeß wegen angeblichen Meineides verurtheilte Parteigenosse Johann Meyer die Trauernachricht, daß sein jüngstes Kind gestorben sei.

Im westfälischen Amt Aplerbeck hatte die Polizei das Vertheilen von Wahlflugblättern während des Sonntags-Gottesdienstes verhindert, weil durch die Vertheilung die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe verletzt würden. Die dagegen eingeleitete Beschwerde hatte Erfolg. Da die Staatsanwaltschaft die Vertheilung nicht für strafbar erklärte, gab der Landrath den Polizeibehörden seines Bezirks entsprechende Weisung.

Wegen der nach Ansicht weiterer Kreise ungeseglichen Auflösung von Volksversammlungen in Elberfeld hatte deren Einkerkerung Strafantrag gegen den Kommissar Kammhoff gestellt, der die Auflösungen vornahm. Die Staatsanwaltschaft lehnte den Strafantrag als unbegründet ab. Dagegen leitete sie das Strafverfahren gegen die Parteigenossen Gewehr und Baumann und, wie es heißt, auch gegen Frau Schneider aus Köln ein, weil diese in einer Versammlung bei der Kritik der Versammlungsausschüsse die Staatsanwaltschaft und die Polizei beleidigt haben sollen. Die Sache ist für die jetzigen politischen Verhältnisse charakteristisch.

Der Parteigenosse Mondry aus Harburg wurde in Ostrow von der Anklage der Gotteslästerung und der Beschimpfung der evangelischen Kirche freigesprochen, dagegen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt, die durch die Untersuchungshaft als verübt gelten.

Dolus eventualis Nr. 6. In Harburg ist gegen Verleger, Drucker und Redakteur des „Volksblatts“ eine neue Untersuchung eingeleitet. Sie sollen sich wieder der öffentlichen Beleidigung schuldig gemacht haben.

— In Falkenau in Böhmen standen sechs Polizisten vor dem Bezirksgericht, um sich gegen die Anklage zu verantworten, Arbeiter aus nichtigen Gründen arretirt und auf der Polizeiwache mit Gelfenriemen braun und blau geschlagen zu haben. Das Gericht sprach fünf dieser fauberen Sicherheitswächter frei, weil ihre Mißthat verjährt war. Der sechste kam mit zwei Tagen verhängten Arrest und der Bezahlung der Kosten davon.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Kämpferungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Metallarbeiter und Tischler! Der Streik der gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Welles in Berlin, Engelfur 1a, dauert unverändert fort. Zugun ist streng fernzuhalten. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgebend.

Der Bärnenmacherstreik ist zu gunsten der Arbeiter entschieden. Es befinden sich nur noch wenige Kollegen im Ausstand. Die Forderungen der Arbeiter sind von den meisten Unternehmern schon in der ersten Woche bewilligt worden. Nur bei folgenden Unternehmern wird noch gestreikt: Böfller, Stralauerstr. 85; Meise, Naumannstr. 72; Schmalbach, Köpplerstr. 175; Gantke, Kärnenderstr. 5; Wischhof, Nitzdorf, Berlinerstr. 131. Eine am nächsten Sonntag stattfindende öffentliche Bärnenmacher-Versammlung wird jedenfalls den Streik für beendet erklären und über die genannten Werkstätten die Sperre verhängen. Es ist nun Aufgabe der Bärnenmacher, das Errungene festzuhalten, der Organisation treu zu bleiben und den Zugun nach den vorgenommenen Werkstätten zu unterlassen. Der Vertrauensmann: F. Wiedemann.

Die streikenden Vergolder hielten am 6. Oktober in der Ressource eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab, um zu dem Schiedsspruch des Gewerbegerichts Stellung zu nehmen, durch den die Forderung der Streikenden nach einem Minimallohn zurückgewiesen worden ist. Eine sehr lebhaft debattirte Entscheidung über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt, deren Einzelheiten kritisch beleuchtet wurden. Einige Redner erklärten sich nicht zufrieden mit dem Auftreten der Bevollmächtigten der Arbeiter, denen sie zu geringe Vorbereitung und schwache Haltung vorwarfen. Einig war man sich darüber, daß die Fabrikanten nicht auf die Forderung nach Wochenlohn eingehen würden. Es wurde dann mitgetheilt, die Lohnkommission habe sich an das Gewerbegericht, beziehentlich an dessen Vorsitzenden Magistratsassessor von Schulz, mit dem Antrage gewandt, weitere Einigungsversuche anzubahnen, diesmal auf der Basis der Forderung einer procentualen Erhöhung der Akkordlöhne, steigend bis zu 33 1/3 pCt. Zu Bevollmächtigten hat die Kommission vorgeschlagen Schnorr, Kary und Driebe; als Ersatzmann Beermann. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlage wie überhaupt dem Vorgehen der Lohnkommission einverstanden und sprach sich dahin aus, daß keiner der Bevollmächtigten auf etwaige Beauftragung durch die Vertreter der Unternehmer zurücktreten dürfe. In diesem Falle soll Herr Meyer von der Firma Reithelm durch die Arbeiter als Vertreter der Unternehmer abgelehnt werden. Allerlei wurde das Beweismaterial der Fabrikanten, wodurch diese bei der vorigen Einigungsverhandlung dem Richterkollegium zu imponiren suchten, als einseitig verworfen und man gab den Bevollmächtigten für die kommenden Verhandlungen die Weisung mit auf den Weg, beim Einigungsamt unter Umständen die Vorlegung sämtlicher Lohnbücher zu beantragen und energisch darauf zu bestehen. Eine Anregung, die Firma Kuby und Imberg in das Einigungsverfahren hineinzuziehen, wurde nach einer kurzen Auseinandersetzung durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Somit bleibt die Firma unberücksichtigt. Zu erwähnen ist noch, daß Unterhütungen von der Kommission jetzt nicht mehr täglich, sondern alle zwei Tage ausgezahlt werden, natürlich für beide Tage. Zahltag sind Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Der Streik in der Lederfabrik von Gebrüder Steinlein (Inhaber Meinko) in Berlin dauert unverändert fort. Zugun ist fern zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Briefe und Geldsendungen sind zu richten an Fritz Berke, bei A. Vogel, Restauration, Elbingerstraße 9.

Deyesschen und letzte Nachrichten.

Mün., 7. Oktober. (W. T. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Münster: Die Unruhen wegen der frühen Polizeistunde haben in vergangener Nacht zu weiteren und zwar sehr großen Ausschreitungen geführt. Die Polizisten wurden mißhandelt, worauf einige derselben von der blanken Waffe Gebrauch machten.

Wien, 7. Oktober. (W. T. B.) Die „Politische Korrespondenz“ veröffentlicht den Text der am 2. ds. Mts. von dem Dogen der Völschaster an die Pforte gerichteten Verbalnote. Derselbe lautet: „Der Dogen der Völschaster und seine Kollegen erhielten theilweise von Augenzeugen Nachrichten über die gefügigen und vorgefügten Vorfälle in Istanbul, aus denen hervorgeht, 1. daß Privatpersonen von Polizeibeamten geführte Gefangene geschlagen und gedrückt haben, ohne daß die Polizeibeamten sich solchen Vorhaben widersetzen; 2. daß Privatpersonen vollständig ruhige Leute angegriffen haben; 3. daß verwundete Gefangene in den Höfen der Polizeistationen und Gefängnisse kalten Blutes getödtet worden sind. Da die Völschaster befürchten, daß eine Fortdauer derartiger Exzesse zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für die ihnen anvertrauten Interessen werden könnte, glauben sie die erzielte Aufmerksamkeit der kaiserlichen Regierung auf diese Zustände lenken zu müssen und ihr, da es ausschließlich Sache der Behörden ist, Unruhen zu unterdrücken, zu raten, Privatpersonen die Theilnahme an der Unterdrückung von Unruhen und an Massenerschüssen zu verbieten, sowie die notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um so rasch als möglich die Ordnung wieder herzustellen, damit unnützes Blutvergießen vermieden werde.“

Brüssel, 7. Oktbr. (W. T. B.) Der Eisenbahnunfall bei Ottignies wird dem Umstande zugeschrieben, daß an dem Orte der Katastrophe zwei Eisenbahnlinien sich befinden, von denen die eine dem Staate, die andere der Eisenbahngesellschaft „Grand Central Belge“ gehört. Man sagt auch, der Bahnwärter an dem äußeren Posten wäre wegen der Sonntagsruhe durch einen Arbeiter der Eisenbahnarbeiter, der mit dem Dienst nicht recht vertraut war, vertreten worden. Der Eisenbahnminister Vandenpeereboom, der von den Festlichkeiten in Nivelles zurückkehrte, besah sich beim Abgange des verunglückten Zuges in demselben, hatte aber auf der vorhergehenden Station einen anderen Zug genommen.

Konstantinopel, 7. Oktober. (W. T. B.) Auf die von den Völschastern geführten an die Pforte gerichtete gemeinsame Verbalnote erhielten dieselben von letzterer die Zusicherung, daß die Herbeiführung einer baldigen Beruhigung mit ernstlichen Mitteln angestrebt werden wird. Zur Verstärkung der Polizei, welche sich in wiederholten Fällen als zu schwach erwies, um Ausschreitungen der Bevölkerung zu verhindern, werden seit zwei Tagen Truppenabtheilungen herangezogen. Die Kirchen sind immer noch mit Flüchtlingen angefüllt, welche offenbar diese Asyl nicht vor dem Eintritt voller Beruhigung zu verlassen wagen.

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Braslaw, den 7. Oktober 1895.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 7. Oktober 1895, morgens 9 1/4 Uhr.

Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Singer.

Als Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie ist Dr. Ellenbogen aus Wien, für die rumänische Partei ist Dr. Stinga aus Bukarest erschienen. Singer heißt sie herzlich willkommen.

Begrüßungsschreiben und Telegramme sind zahlreich aus dem In- und Auslande eingetroffen. So liegen Kundgebungen der Sympathie vor von Böhmer-London, einigen Zweigen der sozialdemokratischen Föderation in London und der „unabhängigen Arbeiterpartei Londons“, von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Italiens durch Turati, von der dänischen Sozialdemokratie durch Knudsen, von dem sozialdemokratischen Kongress zu Mail in Frankreich, von der rumänischen Arbeiterpartei, von den Sozialdemokraten Sofias und von den Sozialdemokraten in Santos (Brasilien).

Dr. Ellenbogen aus Wien. Von der österreichischen Parteileitung wurde ich beauftragt, Ihnen Parteitag herzlich zu begrüßen. Nicht eine leere Formsache, sondern der Ausdruck der engsten Anteilnahme an den Fortschritten der Partei ist es, der uns hierherführt. Wir nehmen den regsten Anteil an Deutschland, ja es ist uns nicht einmal gleichgültig, welcher Kurs in Deutschland herrscht, weil Österreich, ein politisch armes Land sich darnach richtet. Ebenso wie jetzt bei Ihnen wieder Verfolgungen an der Tagesordnung sind, so wird auch bei uns von dem Ministerpräsidenten ein scharfes Vorgehen gegen die extremen Parteien in Aussicht gestellt. Die österreichische Koalition ist lächerlich geworden und zusammengebrochen, und dieses ihr Schicksal ist ihr geworden durch die österreichische Sozialdemokratie, durch die Eigenschaften ihrer Eigenschaften, die sie von der deutschen Sozialdemokratie gelernt hat. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in ein dreimaliges Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.) Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein. Punkt I derselben bildet der Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Hierzu liegen die Anträge vor:

36. Der Parteigenossen in Barmen: Den Geschäftsbericht des Parteivorstandes drei Wochen vor dem Beginn des Parteitag zu veröffentlichen.

43. Der Parteigenossen des 1., 2., 3., 4. und 6. Berliner sowie des Kreises Teltow, Westlow, Storkow: Parteibeamte und Redakteure, die Reichstags-Abgeordnete sind und deren Gehalt 3000 M. und darüber beträgt, erhalten keine Diäten.

44. Der Parteigenossen in Altona: Personen, die in der Partei ein auskömmlich besoldetes Amt bekleiden, dürfen einen zweiten besoldeten Posten in der Partei nicht annehmen, und dürfen auch für weitere Geschäfte, die sie für die Partei besorgen, Ansprüche auf Extrahonorierung nicht machen.

46. Der Parteigenossen des 6. Berliner Kreises: Den vorjährigen Parteitagbeschluss, betreffend die Abschaffung der Alfordarbeit in Druckerien, in denen Arbeiterblätter hergestellt werden, hat der Vorstand zur Durchführung zu bringen.

47. Der Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die Druckerarbeiten des „Vorwärts“ und der sonstigen bei Böding gedruckten Parteiliteratur mit für die Partei größerem Nutzen als bisher hergestellt werden können. Die Kommission hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

48. Der Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: In den Parteigeschäften die Nacht- und Alfordarbeit abzuschaffen.

49. Der Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Die Parteidruckereien in einer Parteidruckerie anfertigen zu lassen. Die für Hamburg notwendigen Protokolle müssen in Hamburg bei Auer u. Co. gedruckt werden.

50. Der Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Die Parteiliteratur soll ausschließlich in Parteigeschäften hergestellt werden.

Berichterstatter Pfannkuch: Berlin beschränkt sich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Agrarfrage auf wenige Erläuterungen des gedruckt vorliegenden Berichtes. Die Agitation ist im abgelaufenen Jahre durch die Partei wesentlich gefördert worden; wenn sie auch jetzt nicht mehr wie früher ausschließlich von der Parteileitung aus besorgt wird, so erwächst dem Vorstande doch noch immer eine große Arbeit, um überall helfend einzugreifen. Es sind 52 000 M. für die Agitation ausgegeben, wovon ein wesentlicher Teil infolge der notwendigen Nachwahlen auf die Wahl-agitation kommt. Erfreulicherweise ist es der Partei gelungen, den Wahlkreis Dresden-Land zu erobern, der heftig umstritten bisher der Antisemiten war.

Leider ist ein Wahlkreis, Bismarck-Mellmann, verloren gegangen, wenn auch die erzielte Stimmenanzahl gewachsen ist; die vereinigten Kapitalistenparteien haben uns besiegt.

An Agitation haben wir viel geleistet; es wäre aber zu wünschen, daß die Parteigenossen in der Nachfrage nach Agitation beschleunigt werden; besonders unerfüllbar ist der Wunsch nach Reichstags-Abgeordneten. Freilich sind die Forderungen nach Agitatoren ein gutes Zeichen unseres Wachstums, überall will man durch Autoritäten in der Partei die gemachten Fortschritte vergrößern. Aber mehr als bisher hat die Partei in organisatorischer Beziehung zu leisten; wo man meint, die Bewegung stehe still, muß man in stiller Arbeit die Organisation der Genossen fördern. Die mündliche Agitation hat nicht mehr ihre frühere Bedeutung; da tritt unsere Presse ein, die mehr und mehr die Hauptarbeit in der Agitation leistet; 43 000 M. haben wir an Presse-Unterstützung gezahlt; aber es ist Pflicht der Genossen, mit ihren Blättern sich auf eigene Füße zu stellen. Im großen Ganzen ist die Warnung vor Neugründungen beherzigt worden; nur an einzelnen Orten ist das nicht geschehen. Die gegenwärtige Situation ist nicht dazu angethan, die Parteigenossen zu Neugründungen zu begeistern. Wir müssen heute unsere Mittel klug haben, um die Schläge, die gegen uns geführt werden, zu parieren. Wir müssen im gegenwärtigen Augenblick alles vermeiden, um etwa Partei-Eigenthum durch Konfiskation in die Hände der Polizei gelangen zu lassen. Die nicht eingeweihten Genossen werden sich vermuthlich darüber wundern, daß eine unserer bedeutendsten Presseorgane, die Wochenchrift „Der Sozialdemokrat“, die erst vor zwei Jahren ins Leben gerufen ist, jetzt wieder von der Bildfläche verschwinden soll. Aber die an die Gründung dieses Organs geknüpften Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, und wir sind nicht gesonnen, uns fernerhin in das eigene Fleisch zu schneiden. Wenn wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine derartige Position unhaltbar ist, so können wir getrost, jedoch auf unsere sonstige Stärke, den überflüssigen Ballast von uns abschütteln. Die Partei wird auch auf anderem Wege ihre Aufgaben erfüllen.

Die Presse im allgemeinen ist sonst an Umfang und Inhalt besser geworden. Unsere Presseorgane werden von unseren Gegnern gefürchtet, weil ihnen ihr Spiegel vorgehalten und ihnen die Maske vom Gesicht gerissen wird.

Unter den eingelaufenen Anträgen befinden sich eine Anzahl alter Bekannter. So die Wünsche auf die bessere Organisation des Nachrichtenendienstes für die Parteipresse, auf Errichtung eines Korrespondenzbureaus. So gut gemeint diese Anträge auch sind, fürchte ich doch, daß auf ihre Realisirung in der nächsten Zukunft nicht zu rechnen ist.

Aus den eingelaufenen Anträgen ist zu schließen, daß die Genossen mit der entfalteten Agitation im allgemeinen zufrieden sind. Befassen sich doch nur wenige Anträge mit der Agitation. Ein alter Bekannter unter ihnen ist nur der, der die Agitation im Lande, in den kleinen Städten schaffen machen und sie so lange unterstützt sehen will, bis sie sich auf eigener Kraft erhalten können. Es ist richtig, daß diejenigen Genossen, die ihre Kraft der Partei in vollem Umfange zur Verfügung stellen, sich nicht nebenbei eine wirtschaftlich selbständige Stellung erringen können. Ich rathe deshalb, daß an die Parteigenossen an leitender Stellung nicht Forderungen gestellt werden, die über ihre Kräfte hinausgehen. Wenn sie nicht alle Obliegenheiten ausfüllen können, so muß durch Zusammenfassung der anderen vorhandenen Kräfte Hilfe geschaffen werden. Auf diesem Wege wird jene Mängel vermieden, die an einzelnen Partei-Orten zu unerquicklichen Gegensätzen der Genossen führt.

Am Parteivorstand wird in den vorliegenden Anträgen keine Kritik geübt. Sollte sie im Laufe der Debatte noch erfolgen, so werden wir selbstverständlich Mitleid und Antwort stehen.

Auf einen Antrag möchte ich noch mit ein paar Worten zu sprechen kommen. Es ist der Antrag aus Berlin I, der eine besondere Agitation für das allgemeine gleiche Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde wünscht. Ich erinnere Sie an die gestrigen Worte Liebknecht's: Unsere Partei ist die einzige Schutzherrin des allgemeinen Wahlrechts! Aber diese Pflicht erfüllen wir im vollen Umfang. Jederzeit sind unsere Genossen auf der Wacht, um das allgemeine Wahlrecht zu verteidigen. Dieser Gedanke ist uns in Fleisch und Blut übergegangen, er gehört zum eisernen Bestand unseres Axioms. Durch einen besonderen Antrag brauchen wir daher wohl kaum darauf hinzuweisen. Die Agitation der österreichischen Genossen für das allgemeine Wahlrecht wird rückwirkend auch uns Deutsche zu neuer Thätigkeit anregen.

Der im vorigen Jahre gestellte Antrag auf Gratistlieferung des „Vorwärts“ an die Vertrauensmänner giebt zu recht unerquicklichen Verhältnissen Anlaß. Die entscheidenden Schwierigkeiten würde man am besten dadurch beseitigen, daß an Orten, wo jene Gratistlieferung wirklich nöthig ist, die Parteigenossen dieser Orte selbst den Vertrauensleuten das Zentralorgan liefern.

Die Agitation unter den Seelenten ist durch die von uns herausgegebene bekannte Broschüre gefördert worden. Leider ist aber der Genosse, der uns das Material zu unserer Agitation lieferte, Genosse Steiner, weil er Österreicher war, ausgewiesen worden. Wir haben ihn schmerzlich von uns scheiden sehen; aber er wird sicher in der österreichischen Bruderpartei sein Werk fortsetzen, und dann wird wieder ein treffen, was oft gesagt worden ist, daß durch Maßregeln unserer Behörden die Bewegung nur gefördert wird.

Welche Bedeutung man dem Parlamentarismus innerhalb unserer Partei als ein die Agitation förderndes Moment beilegt, das beweisen die zahlreichen zu diesem Punkte vorliegenden Anträge. Wir betrachten die Parlamentaristik als einen wesentlichen Faktor, von dem aus man die Agitation im Lande betreiben kann. Ohne auf die einzelnen Anträge, die in diesem Gebiet fallen, einzugehen, will ich nur darauf hinweisen, ein wie großes Interesse unsere Freunde im Lande an dem Parlamentarismus nehmen. Aber es ist ein Verkennen der tatsächlichen Verhältnisse, wenn die Genossen glauben, daß die Reichstagsfraktion mit Stellung von Initiativanträgen alles möglich machen und alle Wünsche und Forderungen auf diesem Wege zur Geltung bringen können. Geben Sie die eingereichten Anträge als gute Rathschläge der Fraktion mit auf den Weg, und Sie können versichert sein, daß diese überall, wo es thunlich ist, das, was unser Programm vorschreibt, zur Durchführung zu bringen versucht. Die Anträge wären nur dann angebracht, wenn die Fraktion nach der einen oder anderen Richtung hin ihre Pflicht veräußert hätte. Aber Sie werden wohl alle überzeugt sein, daß die Reichstagsfraktion sich Ihnen präsentieren kann mit dem Bewußtsein, ihre Schuldigkeit gethan zu haben. Der Bericht der Fraktion liegt gedruckt vor, und wir wünschen, daß Sie freie Kritik üben. Mitleid und Gegengrede ist es, die unsere Partei auszeichnet. Nachdem wir uns ausgesprochen, auf Fehler aufmerksam gemacht und uns vorgenommen haben, die Fehler nicht zu wiederholen, werden wir wie bisher mit erneuten Kräften in der gegebenen Direktive unsere Pflicht erfüllen.

Namens der Kontrollenre berichtet

Meißner: Hannover: Wir haben im verfloffenen Jahre vier Revisionen vorgenommen, sowohl beim „Vorwärts“ als auch bei der Buchhandlung des „Vorwärts“ und beim „Sozialdemokrat“. Die rechnerischen Resultate, die Ueberschüsse, welche der „Vorwärts“ und die Buchhandlung ergeben haben, sind gewiß erfreulich. Bezüglich des „Sozialdemokrat“ liegt die Sache leider etwas anders. Der „Sozialdemokrat“ hat sowohl im Inlande als auch im Auslande die Erwartungen nicht erfüllt, die man auf ihn setzte; besonders das Ausland hat uns ganz im Stiche gelassen. Die Opfer der Partei für das Blatt sind so hoch, daß sie den gewonnenen Resultaten nicht entsprechen und daß wir dieses Blatt werden eingeben lassen müssen.

Bei dieser Gelegenheit will ich noch erklären, daß wir den Beamten der Parteibuchhandlung, des „Vorwärts“ und des „Sozialdemokrat“ das Jüngnis aufstellen können, daß sie ihre Schuldigkeit vollkommen gethan haben.

Der Gesamtvorstand hat zwei gemeinsame Sitzungen abgehalten; die Kontrollenre haben fünf Extra-Sitzungen abgehalten.

Drei Beschwerden liegen vor: aus Götting, Kassel und Karlsruhe. Die Göttinger und Kasseler Angelegenheiten sind privater Natur und wir haben uns nicht veranlaßt gesehen, in die Behandlung der Materie einzutreten. Anders liegt es mit der Beschwerde aus Karlsruhe. Zunächst haben die dortigen Parteigenossen sich darüber beschwert, daß ihnen der Vorstand die Mittel zur Gründung eines neuen Blattes und zur Anschaffung einer eigenen Druckerie nicht zur Verfügung gestellt hat. Hierüber sind wir freilich anderer Ansicht als die Karlsruher Genossen. Was aber den zweiten Punkt der Beschwerde betrifft, so stehen wir völlig auf dem Boden der Beschwerde. Es handelt sich um den beleidigenden Ton, in dem Auer, der die Korrespondenz in dieser Angelegenheit geführt hat, geglaubt hat, antworten zu dürfen. Die Kontrollenre mißbilligen ganz entschieden die Art und Weise, wie Genosse Auer gegen die Karlsruher Genossen vorgegangen ist. Die Kontrollenre machen den Gesamtvorstand dafür verantwortlich; er hat darauf zu achten, daß die Korrespondenz zwischen den Genossen und dem Vorstande in anständiger Weise geführt wird. Die Karlsruher Genossen haben in der richtigen Meinung, daß Auer's Antwort nicht die offizielle,

sondern eben die Antwort eines Bayern sei (große Heiterkeit), nochmals den Vorstand um offizielle Antwort ersucht.

Der dritte Punkt der Beschwerde konnte nicht erledigt werden, weil Auer noch nicht anwesend ist, dessen Anwesenheit dazu nöthig ist.

Außerdem ist noch eine Beschwerde aus Straßburg eingelaufen; sie konnte ebenfalls nicht erledigt werden, weil sie den Kontrollenre überhaupt nicht rechtzeitig vorgelegen hat.

Zu Namen der Kontrollenre ersuche ich Sie um Bescheid für den Parteivorstand.

Singer schlägt vor, auch die Anträge 63 (Die Parteileitung [Vorstand und Kontrollenre]: Das Erscheinen des Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“ vom 1. Januar 1896 ab einzustellen) und 76 (Von den Kontrollenre: Der Beschluß des Frankfurter Parteitag: „den Vertrauenspersonen ist auf ihr Gesuch hin der „Vorwärts“ gratis auf Parteikosten zu liefern“ wird aufgehoben) bei diesem Punkt zu erledigen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Antrag 56 wird unterstützt, ebenso die Anträge 43, 44, 47, 48, 49, 50, 63 und 76.

Antrag 46 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Die Debatte wird eröffnet.

Antrag 36 wird von Oberle-Barmen begründet. Der Antrag ist in Frankfurt a. M. und in Köln abgelehnt worden, weil ihn der Vorstand aus geschäftlichen Gründen nicht gebilligt hat. In diesem Jahre ist es aber ganz gut gegangen, nach elf Monaten schon das Geschäftsjahr zu schließen. Damit ist derjenige Grund, der bisher gegen den Antrag geltend gemacht wurde, widerlegt. Ich bitte, den Antrag deshalb nunmehr anzunehmen, da es durchaus erforderlich ist, daß der Geschäftsbericht des Vorstandes und wohl auch der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Kritik der Parteigenossen im Lande schon drei Wochen vor dem Parteitage ausgelegt wird.

Krämer-Berlin führt zur Begründung des Antrages 43 aus, daß die Genossen, die einen Durchschnittslohn von 18-20 M. beziehen, ihre Opfer für die Partei ohne Entgelt bringen. Urmehr könnten Beamte mit hohem Gehalt auf Diäten verzichten. Der 3000 M. Gehalt bezieht, brauche im Reichstage keine Diäten.

Lesche-Altona begründet den Antrag 44, der sich direkt gegen die Honorierung des Genossen Auer richtet, also weniger einen allgemeinen Charakter hat. Redner selbst könne den Antrag nicht befürworten, er sei ein schlechter Begründer und Empfänger des Antrages, dennoch aber bitte er, denselben zu berücksichtigen. (Heiterkeit.)

Stadthagen-Berlin betont bei der Begründung des Antrages 47, daß dadurch der Frage, ob eigene Regie oder nicht, nicht vorgegriffen werden solle. Er sei entschiedener Gegner des Gedankens, die Drucksachen in eigene Regie zu nehmen, stünne aber trotzdem für den vorliegenden Antrag, weil dadurch Klarheit geschaffen und die Frage erörtert wird, ob nicht vielleicht ein größerer Nutzen zu erzielen sei. Es werde also vollkommen freie Hand gelassen. Auch in Hamburg scheint, wie aus dem Antrage 49 hervorgeht, derselbe Gedanke lebendig zu sein. Es wird sich lediglich darum handeln, wie am besten unter Berücksichtigung der bestehenden Parteidruckerie ein größerer Vortheil erzielt werden kann.

Kölle-Hamburg II begründet den Antrag 48: Da wir in unserem Programm zum Schutze der Arbeiterklasse die Befreiung der Nachtarbeit fordern, so ist es notwendig, diese Forderung zunächst in unseren Parteigeschäften durchzuführen. Dies ist aber nicht überall der Fall, so z. B. nicht in der Druckerie von Auer u. Co. Auch die Abschaffung der Alfordarbeit wird sich wohl ermöglichen lassen, ohne daß dadurch eine Kürzung des Lohns eintritt. Mit der Verwirklichung unserer Forderung müssen wir in erster Linie in Parteigeschäften vorgehen.

Zur Begründung des Antrages 49 spricht Grünwaldt-Hamburg: Wir haben in Hamburg ein großes Parteigeschäft, und da ist es doch nicht richtig, das Drucksachen, die da angefertigt werden können, in anderen Druckerien hergestellt werden. Das Geld für die Arbeit soll nicht privaten Taschen, sondern der Partei zufließen.

Antrag 50 begründet Kölle-Hamburg: Wir wollen, daß Parteiliteratur ausschließlich in Parteigeschäften hergestellt werde.

Antrag 66 ist im Referate Pfannkuch's begründet worden.

Zum Antrag 76 spricht Klee-Magdeburg im Namen der Kontrollenre: wir gehen von der Annahme aus, daß durch die Befreiung des „Vorwärts“ der Parteikasse zu viel Portis auferlegt werden. So viel Opfermuth muß vorhanden sein, daß die Parteigenossen der einzelnen Kreise die Kosten des Abonnements aufbringen. In anbeacht der hohen Summe der Portis bitte ich Sie, dem Antrage der Kontrollenre zuzustimmen.

Die Anträge sind begründet.

Zu Antrag 63 ist ein Amendement gestellt worden: entweder die „Neue Zeit“ in eine wissenschaftliche Monatschrift umzuwandeln und daneben den „Sozialdemokrat“ als Wochenblatt zu erhalten, oder das Erscheinen des „Sozialdemokrat“ einzustellen.

Anstelle des Antrages 43 stellen Timm und Genossen folgenden Antrag (108): den Anspruch auf Diäten haben nur diejenigen Mitglieder der Reichstagsfraktion, die ein jährliches Einkommen von weniger als 8000 M. verdienen. Zweck: Erlangung der Diäten haben die berechtigten Mitglieder bei Beginn der Session eine diesbezügliche Erklärung dem Fraktionsvorsitzenden abzugeben.

Zu Antrag 43 und 44 beantragt Kölle-Erfurt Uebergang zur Tagesordnung.

Die Unterhütung reicht aus.

Kölle-Erfurt: Beide Anträge sind von früheren Parteitagen abgelehnt worden. Gehen wir nicht wieder der Welt das Schauspiel, daß ein sozialdemokratischer Parteitag zwei Tage lang über Lohnreduktionen beräth. (Beifall.)

Timm-Berlin (gegen den Uebergang zur Tagesordnung). Ein Ausgleich muß gefunden werden. Ich will keine einzelnen Personen nennen, aber wer ein Einkommen von 5000 M. und mehr hat, kann auf die Diäten verzichten. Um Zeit zu sparen, können wir die Frage ja in einer Kommission besprechen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes, den Bericht der Kontrollenre und die Anträge wird eröffnet.

Béard-Hamburg: In meiner doppelten Eigenschaft als Parteigenosse und Buchdrucker möchte ich zu dem Antrag 48 meine Ansicht äußern. Die Abschaffung der Alfordarbeit ist zur Doktorfrage geworden. Die Fachleute sind nicht einig. Der letzte Buchdrucker in Breslau hat die Frage als noch nicht spruchreif bezeichnet. Ein großer Teil der Buchdrucker ist gegen die Abschaffung der Alfordarbeit, weil er eine Verabschönerung der Lebenshaltung dadurch befürchtet. Unsere Erfahrungen in Hamburg, wo auf Beschluß der drei Wahlkreise die Alfordarbeit in der Parteidruckerie abgeschafft wurde, haben folgendes ergeben. Es konnten statt 24 Seher allerdings 30 beschäftigt werden, die einzelnen verdienten aber statt ca. 50 M. ca. 38 M. wöchentlich, hatten also eine Einbuße von 5-600 M. jährlich. Nun wird eingewandt, viele Arbeiter hätten ein viel geringeres Einkommen, als die Buchdrucker, die im gewissen Grade stehen. Das

Ist gewiß richtig und bedauerlich. Allein, wenn die Buchdrucker es fertig bekommen haben, eine bessere Lebenshaltung zu erringen und festzuhalten, so sollten wir sie in diesem Bestreben unterstützen und sie nicht herabdrücken. Weiter habe ich herausgestellt, daß die Einführung des gewissen Geldes dem Geschäft 10 000 Mark jährlich gekostet hat. Es wird eben nicht mehr mit demselben außerordentlichen Eifer gearbeitet. Dazu kommen die bedeutenden Aufschläge für Affordarbeit. Eigentlich Vortheil hat von der Einführung des gewissen Geldes also niemand, von dem kleinen Vortheil abgesehen, daß 8 neue Seher eingestellt wurden. Ich glaube, wir können die Sache ruhen lassen. Anders läge es, wenn die Buchdrucker in ihrer Gesamtheit die Affordarbeit abschaffen wollten, dann würden wir sie natürlich unterstützen.

Kiehl-Verlin: In dem Parteibericht habe ich nur zu sagen, daß ich mich dem Wunsche des Referenten, die Genossen mögen in der Forderung von Rednern beschleunigen sein, vollkommen anschließe. Ich weiß aus Erfahrung, wie bitter die Genossen enttäuscht sind, wenn ihren Wünschen nach einem bestimmten Redner nicht Rechnung getragen wird. — Was die Frage der Affordarbeit betrifft, so ist die von dem Verbandstag der Buchdrucker gefasste Resolution doch nur eine Verlegenheitsresolution. Ja, ein Redner hat sogar betont, daß die Versammlung in dieser Frage gar nicht kompetent sei. Ich bedauere überhaupt, daß diese Frage heute erörtert wird, aber das liegt nun daran, daß der vorjährige Beschluß nicht durchgeführt wurde. Wäre mehr guter Wille seitens der Geschäftsleitung und weniger Egoismus auf Seiten der Kollegen vorhanden gewesen, so wäre die Frage aus der Welt geschafft worden. Durch Berechnen wird heute, wenn man von wenigen Zeitungsdruckereien absteht, kein hoher Lohn mehr erreicht, ja es gibt sogar Seher, die nur 12—18 M. verdienen. Ich bitte deshalb den Antrag 48 anzunehmen, aber über die Afford- und Nachtarbeit getrennt abzustimmen. Ebenso bitte ich, Antrag 50 anzunehmen. Was den Antrag 43 betrifft, so haben wir uns aus Sparmaßregeln Rücksicht zur Einbringung desselben verleiht. Ueber kurz oder lang muß diese Frage geregelt werden und wenn Sie hier nicht über den Antrag beschließen wollen, so überweisen Sie denselben wenigstens einer Kommission, die hoffentlich die richtigen Mittel und Wege finden wird.

Inzwischen sind folgende Anträge beim Amendement eingegangen: Antrag 43 und 44 zur Verabreichung einer Kommission zu überweisen. — In Antrag 49 hinter „Partei-Drucksachen“ das Wort „möglichst“ einzufügen. — Antrag 49 und 50 der durch Antrag 47 geforderten fünfer-Kommission zu überweisen. — Antrag 76 so zu fassen: „Den Vertrauensmännern ist das Zentralorgan „Vorwärts“ auf Kosten der Genossen am Orte gratis zu gewähren.“

Sonnenburg-Niederbarnim: Der Antrag 63, den „Sozialdemokrat“ eingehen zu lassen, ist recht bedauerlich. Auf dem Berliner und dem Köllner Parteitag hat man sich mit diesem Organe beschäftigt, und noch der Geschäftsbericht des vorigen Jahres sagt, daß der „Sozialdemokrat“ einen empfindlichen Rückschlag auszuweisen. Der Berichterstatter der Kontrollkommission sprach sich ebenfalls rühmend über das Blatt aus. Es war wohl zu hoffen, daß die Zuschüsse mit der Zeit geringer werden würden. Nun hat aber der gegenwärtige Bericht festgestellt, daß die Abonnentenzahl von 5700 auf 4800 gesunken ist. Die Zahl der ausländischen Abonnenten ist dagegen nicht, wie Meißner sagt, gesunken, sondern von 529 auf 750 gestiegen. Ich ersuche Sie, das Blatt auf seiner Höhe zu erhalten, ich arbeite selbst als Seher in der Druckerei des Blattes. (Zuruf: Aha!) Nur einmal im vorigen Jahre ist eine Agitation für dasselbe durch eine größere Auflage vorgenommen worden. Der „Vorwärts“ ist mehr ein Berliner Lokalblatt, für die auswärtigen Genossen ist es besser, den „Sozialdemokrat“ zu halten. Vielleicht ist auch der Niedergang des „Sozialdemokrat“ durch die Verminderung des Umfangs von 8 auf 6 Seiten bewirkt worden.

In betreff der Gehälter der Parteibeamten siehe ich auf dem Standpunkte, daß wir alle Arbeiter sind. Es ist nicht richtig, daß ein Parteibeamter, der 8000 M. Gehalt bezieht und in Berlin wohnt, noch Extradiäten bezieht. Auf dem Grunde ist der Opfermuth der Genossen größer, als bei den Parteibeamten, von denen ich sprach.

Es ist beantragt, alle Parteiliteratur in Parteigeschäften herzustellen. Allerdings will jeder leben, wir wollen niemand drücken, aber der Unternehmer-Gewinn soll doch nicht zu hoch sein; über diesen wollen die Parteigenossen Aufklärung haben.

Der Antrag auf Abschaffung der Affordarbeit in Parteigeschäften ist bereits in Erfahrung gestellt worden; erst jetzt kommen wir zur gründlichen Diskussion. Alle Affordarbeit ist schädlich, das weiß ich aus Erfahrung. Die Generalversammlung der Buchdrucker hat eine Resolution angenommen, daß sie mit dem Prinzip des Antrages einverstanden ist, aber sie hat auch ausgesprochen, daß jetzt die Verhältnisse nicht so günstig sind, daß man dafür in eine Bewegung eintreten kann. Ich erkläre mich also grundsätzlich mit der Abschaffung der Affordarbeit in Parteigeschäften einverstanden.

Tim-Verlin: Ich möchte die Haltung des „Vorwärts“ in prinzipiellen Fragen etwas kritisieren. Im Streit Bedel-Bollmar hat sich der „Vorwärts“ offiziell nicht entschieden ausgesprochen; eine sogenannte objektive Stellungnahme ist ja gelegentlich sehr gut, war aber hier nicht am Platze. Ebenso liegt es mit der Agrarfrage; auch hier hat der „Vorwärts“ nicht selbständig Stellung genommen. Auch sonst hat der „Vorwärts“ oft nachgehinkt oder am unrichtigen Platze geschwiegen.

Der finanzielle Stand des „Sozialdemokrat“ ist ja bedauerlich, aber das Eingehenlassen dieses Blattes ist doch nicht begründet. Man sollte das Blatt heben und erhalten; die Genossen im Auslande wollen ein Bild von unserer Bewegung haben, das geschieht am besten durch ein Zentralorgan. Es muß eine größere Agitation für den „Sozialdemokrat“ entfaltet werden.

Ferner ist zu wünschen, daß uns die Genossen aus Polen öfter als jetzt Nachricht von ihrer Bewegung geben.

Bezüglich der Diäten wünsche ich, daß eine Kommission gewählt wird, die die dazugehörigen Anträge behandelt; sie wird hoffentlich einen gerechten Ausgleich finden.

Paerer-Hamburg: Es ist eine Schmach, daß wir uns wieder mit dem Berliner Antrag befassen sollen, der wieder von den Gegnern als „Berliner Mist“ bezeichnet werden wird. Wo bleibt die Verantwortlichkeit bei diesem Antrage? Wer ein Einkommen von 5200 M. z. B. hat, möchte aus seinem eigenen Einkommen zulegen, wenn er in den Reichstag geht. Die Berliner thäten besser, nicht immer leeres Stroh zu dreschen. Wir wollen uns nicht immer mit ihren Phrasen befassen. (Oho! und Unruhe.) Ich ersuche Sie, mit großer Majorität den Antrag abzulehnen.

Singer: Ich habe den Redner nicht unterbrochen, weil wir an harte Worte gewöhnt sind. Ich bitte aber die nächsten Redner, sich in ihren Ausdrücken zu mahigen. Ein Wort des Genossen Paerer, das Wort „Schmach“, muß ich aber entschieden als ungebührlich bezeichnen. (Beifall.)

Sied-Offenburg: Ich habe über die Karlsruher Angelegenheit zu sprechen. Es ist eine recht unliebsame Sache, und ich halte es für angemessen, auf die Einzelheiten nicht einzugehen. Genosse Auer hat sich in einem Briefe schwere Beleidigungen eines Karlsruher Parteigenossen zu schulden kommen lassen, der leidenschaftlich und auf dessen Gesundheit die Beleidigungen einen ungünstigen Einfluß geübt haben. Mit dem sachlichen Inhalt des Briefes hat sich der Parteivorstand in rührender Uebereinstimmung solidarisch erklärt, nachdem es uns zuerst so erschienen war, als sei der Brief eine rein persönliche Leistung Auer's. Wir erhoben vom Parteitag einige Genugthuungen. Als Schwarzwalder können wir ja etwas vertragen (Heiterkeit), aber der Ton, der diesmal von dem Grunewald nach dem Schwarzwald drang, paßt uns doch nicht. Auf diese Weise trägt man in

die badischen Parteiverhältnisse, die Sie ja kennen, von außen her neuen Brandstoff. Das ist um so bedauerlicher, als sich der Karlsruher Wahlkreis bisher von dem Bagallus des herrlichen badischen Diskursenkreises frei gehalten hat. Wir erwarten die Abhilfe natürlich nicht dadurch, daß wir den Genossen Auer der „ethischen Gesellschaft“ überweisen (Heiterkeit); aber wir fordern vom Parteivorstand, daß er die Briefe, die vom Sekretariat ausgehen, durchliest und unterzeichnet. Er ist mitverantwortlich dafür.

Koenen-Hamburg: Der Antrag 66 ist, so sympathisch er erscheint, manchem aber. Die Kontrollkommission müßte dann schon fünf Wochen vor dem Parteitag revidieren, und das müßte zu Unzulänglichkeiten führen. Was kann in fünf Wochen in unserer raschlebigen Zeit nicht geschehen? Eine Reichstagsauflösung oder andere wichtige politische Aktionen können geschehen und würden im Bericht dann nicht berührt werden können. Ich bitte den Antrag abzulehnen. Ebenso ist das Amendement überflüssig, wonach die Häuserkommission, die da gewählt werden soll, auch das Hamburger Parteigeschäft zu kontrollieren habe. Das Hamburger Geschäft wird von den Hamburger Genossen kontrolliert und eine Prüfung durch auswärtige Genossen ist überflüssig und unnütze Zeitvergeudung. Was die Abschaffung der Nachtarbeit anlangt, so haben wir sie in Hamburg abgelehnt, weil sonst das „Echo“ zum Abendblatt werden und mit den Parlamentärsberichten nachhinken müßte. Es empfiehlt sich, den „Sozialdemokrat“ eingehen zu lassen. Das Blatt hätte mehr ein Kampfblatt sein müssen. Das ist dem Redakteur auch gesagt worden, aber der Ton ist der alte geblieben.

Thoma-Hildesheim: Wenn auch heute ein Antrag vorliegt, die Gratifikation des „Vorwärts“ an Vertrauensmänner einzustellen, so ist der Vorstand doch nicht berechtigt gewesen, die Vertrauensleute, die sich an ihn gewandt haben, abzuweisen und ihnen, wie es in Hildesheim vorgekommen ist, zu empfehlen, sie mögen sich das Blatt von den Parteigenossen an ihrem Orte bezahlen lassen. So lange ein Beschluß besteht, muß er auch ausgeführt werden. — In der Diätenfrage haben wir das Amendement gestellt, daß diejenigen Parteibeamten, die Reichstags-Abgeordnete sind, ihren Wohnsitz in Berlin haben und 3000 M. beziehen, keine Diäten bekommen. Wir sprechen ferner den Wunsch aus, daß auch auswärtige Genossen, die hohe Gehälter beziehen, im Interesse der Partei auf die Diäten verzichten mögen. Trotzdem ich also den Antrag der Berliner mit unterschrieben habe, empfehle ich Ihnen doch, statt dessen lieber das von uns gestellte Amendement anzunehmen. Was die Affordarbeit betrifft, so haben wir als Arbeitgeber die Verpflichtung, für die Abschaffung derselben einzutreten, um nicht die Löhne herabzudrücken und die Reservarmee zu vergrößern. Mit dem Antrag 49 II kann ich mich aus Sparmaßregeln nicht einverstanden erklären, den ersten Theil desselben halte ich für überflüssig, da die darin gestellte Forderung ja heute schon erfüllt wird. Dem Antrage 63 auf Einstellung des „Sozialdemokrat“ stimme ich zu, da uns das Blatt ungeheure Opfer auferlegt und seinen Zweck verfehlt hat.

Förster-Hamburg: Ich wende mich zu Antrag 43; die Antragsteller scheinen von den Parteiverhältnissen nicht viel Kenntnis zu haben. Ich persönlich muß ein Einkommen von 17 300 M. besteuern; dieses Einkommen fließt aber doch größtentheils der Partei zu, wie soll da der Antrag auf mich angewandt werden?

Sollte das „Echo“ ein Abendblatt werden, dann würden wir von unserer Agitationskraft gegenüber den anderen Blättern viel verlieren.

Moss-Leipzig: Betr. Anträge 43, 44 bitte ich, diese einer Kommission zu überweisen. Thatsächlich ist eine Lappelle Reumirierung von Parteibeamten vorhanden; diese Angelegenheit muß endlich erledigt werden, die Sache aber ist zu schwierig, als daß sie ohne Kommissionsverhandlungen befriedigend erledigt werden kann.

Polih-Verlin: Der „Sozialdemokrat“ kann erhalten bleiben; bisher hat man zu wenig für ihn gewirkt. Die „Neue Zeit“ monatlich als wissenschaftliches Organ erscheinen zu lassen und den „Sozialdemokrat“ auszugestalten, wird nichts nützen.

Fischer-Verlin: Unter den Anträgen befinden sich einige, bezüglich derer ich meine Meinung als Leiter der Parteibuchhandlung Ihnen zur Erwägung anheimstellen möchte. Sie haben zunächst einen Antrag aus Hamburg II, die Parteiliteratur ausschließlich in Parteigeschäften herzustellen, und sodann einen Antrag aus Hamburg I, die Partei-Drucksachen möglichst in einer Partei-Druckerei anfertigen zu lassen. Ich bitte, beide Anträge abzulehnen, da sie an dem gegenwärtigen Zustande der Dinge nichts ändern. Der Antrag 50 besonders ist absolut unbrauchbar, oder aber Sie müßten in Berlin ein Parteigeschäft errichten. Denken Sie z. B. an die Broschüre über die Umkehrvorlage, wo man vernünftiger Weise nicht erst auf die stenographischen Berichte warten und dann in Hamburg drucken lassen kann, wo man durch Versendung der Korrekturen u. dergleichen sehr viel Zeit verlieren würde. Wer bei der Stellung des Antrages von dem Gedanken ausgegangen ist, daß die Partei dabei besser fährt, der irt sich. Die Forderung des anderen Antrages, Parteidrucksachen möglichst in Parteidruckereien anzufertigen, wird heute schon erfüllt. Fast alle im letzten Jahre erschienenen Broschüren sind bei Auer in Hamburg hergestellt worden, nur bei einer Lieferungsauflage war das nicht thöricht, und ebenso wenig bei der Bebel'schen Schrift über das allgemeine Stimmrecht und der Broschüre von Kessler: „Die Ziele der Sozialdemokratie“, weil hier der Preis sehr billig gestellt werden mußte. Bezüglich des heutigen Protokolls soll ebenfalls der Versuch gemacht werden, dasselbe schon im Laufe der nächsten Woche erscheinen zu lassen. Würden wir das in Hamburg drucken lassen, so würde mehr Zeit gebraucht werden. Es kommt ferner in Betracht, daß die Matrizen für die Maschinen in Hamburg nicht passend sind. Sollen aber Platten genommen werden, so stellt sich der Preis so hoch, daß das Buch für 25 Pf. nicht geliefert werden kann. Wenn Sie verlangen, daß die Literatur verbilligt wird, so ziehen Sie doch auch die Konsequenzen!

Wir haben zwar kein Interesse daran, Privatgeschäften viel zuzuwenden, aber in den Parteigeschäften kommen wir immer theurer weg als in Privatgeschäften. Ich habe deshalb gegen den Antrag 47 gar nichts.

Wenn der Antrag 44 angenommen würde, so würde durch die Abschaffung der Nachtarbeit der „Vorwärts“ einfach ruiniert werden; er würde ein Abendblatt werden müssen und die Berichterstattung vom Reichstage läme um 24 Stunden später als in bürgerlichen Blättern. Das würden sich die Arbeiter nicht gefallen lassen. Die Buchdrucker wollen von dem Antrage gar nichts wissen; sie haben es, besonders in Hamburg, an eigenen Leiden gespürt, wie die Abschaffung der Affordarbeit wirkte. Bedenken Sie, welche Folgen der Ausfall von 500 Mark Einkommen auf die Wohnung, Lebensweise, Kindererziehung einer Arbeiterfamilie haben muß. In bürgerlichen Geschäften wird nur dann Affordarbeit in Geldarbeit umgewandelt, wenn die Durchschnittsleistung des Affordarbeiters Durchschnittsleistung des gewissen Geldarbeiters wird. Wir sind nicht dazu da, bloße Grumbäse auf Kosten der Partei durchzuführen. Die bürgerliche Gesellschaft beruht mit auf der Konsumtion, und inmitten dieser Gesellschaft müssen wir uns nach ihren Grumbäsen einrichten, um bestehen zu können.

Was die Anträge 43, 44 betrifft, so gehe ich ja auch zu den Leuten, gegen die sie sich richten. Ja, wenn ich Rothschild's Sohn wäre (Heiterkeit), dann würde ich umsonst arbeiten; ich wäre dann vielleicht auch angesehener in der Partei, denn der Respekt vor meinem vermeintlichen oder wirklichen Geldsack ist jetzt schon sehr groß. (Sehr richtig.) Ich spreche mich aber über diese Anträge umsonst, als dabei hervortritt, daß die Berliner Genossen heute einen ganz anderen Ton angeschlagen haben, als in den Berliner Versammlungen. Dort hagelten die Schlagwörter; man sprach davon: die Partei-

beamteten hängen mehr an ihrem Gehalte als an der Sache. Andere Parteigenossen bringen Opfer, alle anderen arbeiten für die Partei. Ich hatte gemeint, daß diese Arbeit für die Partei auch von mir geleistet wird. In der Umgebung von Berlin werden die Reisen zu Versammlungen und kleinere Kosten nie bezahlt; was die Parteigenossen thun, thun auch die Abgeordneten. Wenn man sagt: die Abgeordneten und Parteibeamten leben von Arbeitergrößen, so lehne ich das ab; ich thue meine Arbeit und erhalte meinen Lohn, weil meine Arbeit ihren Lohn werth ist. Da hat niemand ein Recht, von Arbeitergrößen zu sprechen. Mein Lohn ist nicht ein Geschenk von Arbeitern, und wenn ich Jahr für Jahr derartige Redenarten wiederholen, wie bis jetzt, dann sehe ich mich veranlaßt zu gehen. Die Sache liegt so: entweder hat meine Arbeit Werth, und dann muß sie entsprechend entlohnt werden, oder sie hat keinen Werth, dann jage man mich zum Teufel! Man lasse also derartige Argumente anstandslos und geschmacklos aus der Diskussion heraus.

Anderes wäre es, wenn die Partei nicht in der Lage wäre, Diäten zu zahlen, dann wäre nicht einer unter uns, der das Maß seiner persönlichen Opfer nicht noch weiter anspannen und auf die Diäten verzichten würde. Aber sie ist in der Lage. Die Ueberschüsse des „Vorwärts“, des „Echo“ und der Buchhandlung sind allein viel höher, als die Summe der Diäten. Soll denn der einzelne, der ein Mandat hat, Opfer bringen, oder nicht vielmehr die Gesamtpartei, die er repräsentiert. Die Konsequenz dieser Widerständigkeit wäre, daß jeder Parteigenosse, der ein Einkommen von über 3000 M. hat, alles was über 3000 Mark ist, abzuliefern hat an die Parteikasse. (Heiterkeit.) Auf dem Wege dieses Antrages wird das Mandat zu einer Geldstrafe. Wenn wir jedes Jahr solche Debatten, Anschuldigungen, Insinuationen zu erleiden haben, dann danke ich für die Ehre, Abgeordneter zu sein, dann stelle ich mich wieder in die Reihe derjenigen Genossen, die bloß das Recht auf Kassonnieren haben (Heiterkeit) und höre auf, Strohblatt für jede dumme Bemerkung zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Reil-Mannheim: Die Bemerkung des Berichtes über die friedlichen Beziehungen der Genossen trifft auf Baden leider nicht zu. Sie wissen, daß der letzte Parteitag Dr. Müdt verurtheilt hat, aber dieser sagte sich nicht, er trat aus der Partei aus, und kein ehrlicher Genosse hat ihm eine Thron nachgeworfen. Aber bald darauf erschien er wieder in einer Versammlung mit dem Rufe: „Das Volk hat mich gerufen!“ Es waren nämlich zwei Mitglieder des Vereins in Heidelberg auf seine Bestellung des Morgens zu ihm gekommen und hatten ihn eingeladen. (Heiterkeit.) Auf unserem badischen Parteitage wurde ein Antrag gestellt, Dr. Müdt aus der Partei auszuschließen, aber der Antrag wurde abgelehnt. Bei den badischen Wahlen hat sodann eine große Versammlung beschlossen, Dr. Müdt nicht wieder als Kandidaten aufzustellen. Infolgedessen agitierten Dr. Müdt und seine wenigen Anhänger dafür, daß keiner unserer Genossen gewählt werden soll. Auch in anderer Weise wird von Müdt dabei gewählt und den Genossen gewerbenmäßig die Ehre abgeschnitten. Der Verdacht liegt wenigstens nahe, daß auch die gemeinen Verdrähtungen der national-liberalen „Badischen Landes-Zeitung“ von ihm stammen. Dr. Müdt ist zum Delegierten gewählt, aber er verzichtet darauf zu erscheinen, weil er gesagt hat, er habe schon längst mit dieser Gesellschaft gebrochen. Jetzt sollten wir endlich mit Dr. Müdt aufräumen, und wenn der Parteitag selbst sich nicht mit der Frage beschäftigen und nicht über einen Abwesenden zu Gericht sitzen will, so soll wenigstens der Vorstand die Sache reichlich erwägen, sobald durch die von Dreßbach gegen die „Badische Landes-Ztg.“ angestregte Klage Müdt's Handlungsweise auch gerichtlich klargestellt ist. Wir haben keinen Grund, länger Nachsicht zu üben.

Deppel-Langenfeld: bekämpft die Anträge 43 und 44. Auch die Abschaffung der Nachtarbeit in den Druckereien werde sich nicht durchführen lassen. Es empfehle sich nicht, wie die Anträge 47 und 48 wollen, die Frage der Herstellung der Parteiliteratur in Parteidruckereien generell zu regeln; das müsse dem Vorstand in jedem einzelnen Falle überlassen bleiben. Das Eingehen des „Sozialdemokrat“ sei zur Nothwendigkeit geworden. Nach der Verlesung eines Begrüßungsschreibens tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung. (Privat-Depeschen des „Vorwärts“.)

Antick-Berlin: erstattet namens der Mandats-Prüfungskommission folgenden Bericht:

Durch 190 Delegirte und Delegirten sind 219 Kreise vertreten. Zwei Mandate werden beantragt. Göbel-Mainz ist in einer Vereinsversammlung, nicht in einer öffentlichen Versammlung gewählt. Ein Protest, der gegen ihn aus Mainz eingelaufen ist, hebt dies hervor. Es wird beantragt, das Mandat für ungültig zu erklären. Ferner wird das Mandat für Hansen-Berlin aus Friedeberg-Brandenwald beantragt. Das Mandat ist nur von einzelnen Genossen ausgestellt, mit denen Hansen auf dem Brandenburger Parteitage wegen der Vertretung des Kreises auf dem Breslauer Parteitage Rücksprache genommen hat. Eine Wahlversammlung hat in Kreise Friedeberg-Brandenwald überhaupt nicht stattgefunden. Einstimmig beantragt die Mandats-Prüfungskommission, das Mandat für ungültig zu erklären. Sie ersucht gleichzeitig den Kongreß, gegen das Verfahren, das im Friedeberg-Brandenwald Kreise schon einige Male vorgekommen ist, scharf zu protestieren. Drei weitere Proteste lagen gegen die Mandate von Noße-Brandenburg, Kaufhold-Chemnitz und Wolyn-Breslau vor. Die Kommission hält die Bedenken gegen diese Mandate nicht für stichhaltig, rath aber, was das dritte Mandat anlangt, den polnischen Genossen Breslau's, sich bei der Wahl zum Parteitage enger an die deutschen Parteigenossen anzuschließen. Das Mandat des Dr. Müdt beantragt die Kommission als nicht vorhanden zu betrachten. Dr. Müdt ist regelrecht gewählt, wird aber, wie er schreibt, durch Gesundheitsrücksichten (Heiterkeit) am Erscheinen verhindert. Er schreibt, daß er sein Mandat dem Genossen Sed übertragen wolle. Die Kommission hält dies Verfahren für gänzlich unzulässig. Die Diskussion wird eröffnet. Der Parteitag erklärt die 188 unbeantragten Mandate debattierbar für gültig.

Müller-Dormstadt: In Mainz ist die Partei in dem sozialdemokratischen Verein verlorren, nach dessen Statuten jeder das Wahlrecht für die Mandate besitzt, der nicht mit seinem Beitrag im Rückstande ist oder Stundung nachgesucht hat. Dieser Verein nimmt alle Wahlen vor. Auch der Genosse Göbel ist in einer solchen Sitzung gewählt worden. Auf seine Veranlassung wird noch heute Abend eine Vollversammlung in Mainz stattfinden, in der er ungewisselhaft wiedergewählt werden wird. Ich bitte deshalb, sein Mandat nicht zu beanstanden. Wenn wir so rigoros vorgehen, so müßten viele Mandate für ungültig erklärt werden. (Aha!) Wir in Hessen sind alle nicht in öffentlicher Versammlung gewählt, weil wir dadurch mit der Polizei nicht in Konflikt kommen können; im Organisationsentwurf steht nichts davon, daß die Wahl in öffentlicher Versammlung vorgenommen werden soll. Wenn Sie die Wahl von Göbel nicht für gültig erklären wollen, so warten Sie mit der Abstimmung wenigstens bis morgen, bis der Bescheid aus Mainz da ist.

Göbel-Mainz: schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Antick begründet nochmals den Protest der Mandats-Prüfungskommission.

Die Abstimmung über den Antrag der Kommission wird bis morgen vertagt.

Kiesel-Berlin: befürwortet die Aberkennung des Mandats für Hansen-Berlin und meint, daß dieses Mandat entschieden ungültig sei.

Durch Beschluß des Parteitages wird es für ungültig erklärt. Sed-Offenburg spricht zur Aberkennung des Mandats des

Zu Antrag 63 hat Dertel infolge des oben mitgetheilten Amendements Land 6 beantragt, die Frage, ob die „Neue Zeit“ in eine Monatschrift verwandelt werden soll, dem Parteivorstande zur Erledigung zu überweisen, da ein solcher Beschluß nicht ohne

weiteres gefaßt, sondern erst nach Einvernehmen mit der Redaktion und dem Verlag der „Neuen Zeit“ definitiv entschieden werden kann.

Da Antrag 63 in der von der Parteileitung gestellten Fassung angenommen wird, zieht Lande sein Amendement zurück, wodurch das Amendement Dertel hinfällig wird.

Antrag 76 wird unter Ablehnung des hierzu vorliegenden Amendements angenommen.

Singer: Ich bitte im Anschluß hieran noch über einige Anträge zu entscheiden, die im Falle ihrer Annahme eine Kommissions-einschreibung nötig machen.

Die Danziger Genossen verlangen die Einsetzung einer Kommission mit der Aufgabe, den in absehbarer Zeit nicht zu schließenden Streitigkeiten in Danzig ein Ende zu machen.

Die Genossen Berger, Danzig, Braun-Königsberg und Lipinsky-Danzig stellen die Danziger Zustände dar, die allerdings sehr mißlich sind. Sie betonen insbesondere, daß durch die Danziger Zustände nicht in Danzig allein, sondern in ganz Westpreußen die politische und gesellschaftliche Agitation lahmgelegt wird. Nach dieser Darstellung ist Genosse Jochim-Danzig an der ganzen Verwirrung schuld. Der Vorschlag, diese Angelegenheit der Mandats-Prüfungskommission zu überweisen, wird abgelehnt. Die Angelegenheit geht an eine Reuekommission, die morgen gewählt wird.

Es folgt die Besprechung des Antrages 114, der sich mit der Angelegenheit Dr. Rüdtschbach befaßt und verlangt, daß der Parteitag die Handlungsweise Rüdtschbachs als Herabwürdigung der Partei erkläre und die Ausschließung Rüdtschbachs aus der Partei ausspreche. Dazu ist ein Amendement von Heidelberger Genossen gestellt worden, das beantragt, daß die badische Angelegenheit hier nicht verhandelt, sondern den badischen Genossen selbst zur Entscheidung überlassen wird.

Reil-Mannheim giebt eine gedrängte Schilderung der Fälle Rüdtschbach und Stegmüller. Dr. Rüdtschbach, abgesehen von allem anderen, sich den Beschlüssen der Partei nicht gefügt und schon deshalb müsse der vorliegende Antrag angenommen werden. Eine Ueberweisung an eine Kommission sei nicht nötig, da es sich ja nicht mehr darum handelt, zu prüfen, ob die Gründe richtig sind, sondern nur, ob sie ausreichen.

Oed-Offenbach bekämpft den Antrag, weil man den Angeklagten erst hören müsse.

Emmel-Saarbrücken: Es handelt sich gar nicht um eine Verurteilung. Rüdtschbach hat mit dem Augenblick aufgehört Parteigenosse zu sein, wo er erklärt hat, sich den Beschlüssen der Partei nicht zu fügen.

Damit schließt die Debatte. Antrag 114 wird mit großer Mehrheit unter Ablehnung aller übrigen Abänderungsanträge angenommen. Rüdtschbach hat danach aufgehört Parteigenosse zu sein.

Eine umfangreiche Besprechung aus Verden gegen den Parteivorstand wird der Reue-Kommission überwiesen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Zahlreiche Zustimmungsadressen sind eingetroffen. Schluß 7 Uhr.

Tokales.

Das Duell des Herrn Dr. Leipziger. Eine sehr komische Geschichte sollte am gestrigen Montag vor sich gehen. Feld der Historie ist der vielbekannte Herr Dr. Leipziger, Chef-Redakteur des „Kleinen Journals“, und das Objekt der Affäre sind, wie früher schon, wenn von Herrn Dr. Leipziger in der Öffentlichkeit die Rede war, Pügel.

Vor einiger Zeit brachte das „Kleine Journal“ einen Artikel „Eine moderne Ehe“. In dem Aufsatz waren über eine hiesige Familie allerhand Geschichten ausgepackt worden. Die Familienmitglieder strengten eine Verleumdungsklage gegen das Blatt an und betrauten den Rechtsanwalt Dr. A. hier selbst mit der Vertretung ihrer Sache. Außer dem verantwortlichen Redakteur wurde auch noch der Chef des Blattes, Herr Dr. Leipziger, als vermuthlicher Verfasser des Artikels verklagt. In dem Klageschriftsatz, der Herrn Dr. Leipziger vom Rechtsanwalt der Kläger zugestellt wurde, fand der Beklagte nun diverse Stellen, die von ihm mit mehr oder weniger Recht als schwere Verleumdungen seiner Person aufgefaßt wurden.

Das erheischte Sühne und zwar blutige Sühne. Herr Dr. Leipziger schickte kurzer Hand eines Tages zwei Herren, nämlich den Schriftsteller Skowron und den Rechtsanwalt Merker zum Rechtsanwalt Dr. A. Die Herren hatten den Auftrag, von dem angeblichen Verleumdiger entweder volle Abbitte zu erzwängen oder ihn zum Pistolenduell mit Herrn Dr. Leipziger einzuladen. Herr Dr. A. ging wirklich des Spases halber auf die Geschichte ein und vereinbarte mit den Kartellträgern, daß am Montag die Schießeerei vor sich gehen sollte. Bis halb zwölf Uhr mittags sollte Bescheid bei Dr. A. sein, an welchem Ort und zu welcher Stunde dieser sich am Nachmittag zum Duell einzufinden hätte. Nachdem Herr Dr. A. sein Testament durchgesehen hatte, harrete er in Geduld der Woffschaf, die da kommen sollte. Es schlug halb zwölf und zwölf; es verrann noch eine Stunde in den Nachmittag hinein, aber keine Nachricht kam über den Ort, wo denn endlich der Zweikampf mit tödlichen Waffen vor sich gehen sollte. Es blieb dem Geforderten nichts übrig, als ohne Duell sein Mittagessen einzunehmen; Herr Dr. Leipziger hatte offenbar in Erinnerung an die bekannte Ohreigenaffäre sich das Dichtermotiv gemerkt, daß Vorsicht namentlich für den Chefredakteur des „Kleinen Journals“ der bessere Theil der Tapferkeit ist.

Die 7. städtische Fortbildungsschule für Mädchen und Frauen, welche ihr Wintersemester am 9. Oktober beginnt, arbeitet seit 13 Jahren. Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch inkl. Schönschreiben, praktisches Rechnen, Buchführung, gewerbliches Zeichnen, Gesang, Turnen, alle Arbeiten weiblicher Handarbeiten, Maschinennähen, Plätten, Schneidern und Putzmachen. Auch im mündlichen und schriftlichen Gebrauch des Französischen und Englischen sowie in der Stenographie wird unterrichtet. — Das Schulgeld beträgt monatlich nur 50 Pf. resp. 1 M. Anmeldungen neuer Schülerinnen werden entgegengenommen nachmittags von 6 Uhr ab im Amtszimmer der 42. Gemeindefchule, Raunynstr. 63, nahe der Adalbertstraße, beim Rektor Jander.

Daß die Dummheit mit Geld vertilgt werden kann, hat bislang auf den ersten Blick für ziemlich unwahrscheinlich gehalten. Eine Anzeige, die sich im Inseratenteil der bürgerlichen Blätter findet, belehrt den Laien jedoch, daß es bei genügend Mühe möglich ist, aus dem dümmsten und trüglichen Gef binnen ganz kurzer Zeit einen grundgesunden Kerl zu machen.

Eine kluge Frau in einem westlichen Vororte „sub T. G. 206 an die „Woff. Ztg.“ preist seine Kunst, die Dummheit zu heilen, in folgendem Inserat an:

„Söhne wohlhabender Eltern, die durchaus keine Aussicht haben, auf der Schule fortzukommen, und wegen zu hohen Alters selbst besuchten müssen, das Einj. Freiw. Zeugnis nicht mehr zu erhalten, übernimmt ein Dr. phil. in einem Jahre 2-3 Klassen höher zu bringen. Es ist mir bisher gelungen, einen jeden, auch den Unbegabtesten, wenigstens bis Prima vorzubereiten. . . . Während meiner langjährigen Thätigkeit habe ich noch keinen Mißerfolg aufzuweisen; so haben jetzt alle vier Besslinge, die für die Prima angemeldet waren, das Examen glänzend bestanden. Zahlreiche Empfehlungen aus den ersten Kreisen sowie Referenzen von Gymnasial-Direktoren.“

Diese Anzeige wird die begehrliche Arbeiterschaft hoffentlich schlagend davon überzeugen, daß die heutige Weltordnung dem Reichtum auf jeden Fall auch eine geistige Ueberlegenheit sichert.

Zur Lage der Justizakademie im Bezirk des Kammergerichts erhalten wir folgende Zuschrift: Wie bekannt, ist es seit

Jahren die Absicht der Regierung, ihre Beamten etwa 4 Jahre nach dem Examen anzustellen. Bei der Justiz erfolgt indessen die Anstellung erst 10-12 Jahre nach diesem Zeitpunkt. Gewissermaßen als Entschädigung hierfür hat die Verwaltung vor nunmehr 2 Jahren unter den Akademiern drei Altersklassen eingeführt, nach welchen dieselben

5 Jahre nach dem Examen . . . 150,00 M.
4 „ „ „ „ „ 137,50 „
und die übrigen . . . 125,00 „

monatliche Diäten erhalten sollten. Hiernach sind die Verhältnisse damals auch geregelt worden.

Sonderbarerweise jedoch ist es bei der einmaligen Regelung verblieben. Alle Beamten, welche seitdem die oben erwähnten Dienstjahre zurückgelegt haben, sind in ihrer Hoffnung auf Erlangung der resp. höheren Diätenklasse getäuscht worden, denn keiner hat dieselbe erhalten. Es beziehen also nur diejenigen die höheren Sätze, welche bei der Regelung vier resp. fünf Jahre nach dem Examen hinter sich hatten. Der Rest spart sogar die höheren Diätenzahlungen, welche durch die definitive Anstellung der einzelnen Diätäre frei werden, da auch ein Aufsrücken nicht stattfindet.

Wenn man erwägt, daß es sich zum größten Theile um Leute handelt, die Ende der zwanziger und Anfangs der dreißiger Jahre stehen, denen bei ihrem ohnehin schmalen Einkommen die Diätenzahlungen vorerhalten werden, so wird man die Bitterkeit, die unter diesen Beamten angefaßt der ungeheuren Ausgaben für Heer und Marine herrscht, wohl begreifen.

Das Reichs-Verkehrsamt hatte am letzten Sonntagabend französisches Besuch. Eine Kommission, der die Herren Prof. Blondel, Senatssekretär de St. Croix, Brouillet, Quésnel und Juhiet angehörten, wohnte den Verhandlungen der verschiedenen Senate bei. In ihrer Begleitung befand sich der Präsident des Reichs-Verkehrsamtes Dr. Schöller, unter dessen Leitung die Herren einen Rundgang durch die Bureaus, das Institutmuseum, die Bibliothek etc. machten, um alle Einrichtungen des Instituts kennen zu lernen.

Herr Alfred Bender hat manches Jahr hindurch Ruhm und Vorberühmtheit im American-Theater erworben, und neben Herrn Bendig war er der treue Hüter altberühmter Wortwieser an der dieser Spezialität geweihten Kunststätte. Wir waren daher sehr erfreut, als wir vorzüglich von diesem Künstler die Einladung bekamen, uns das Walhalla-Theater anzusehen. Gar mancher Leser wird fragen, wo denn dieser Tempel erranden und erst erleuchtet mit einem bedeutungsvollen „Ab“ antworten, wenn ihm erklärt wird, daß das alte Parodie-Theater in der Oranienstraße jetzt von Herrn Bender zur Wirkungsstätte erlesen und tiefkinnig umgestaltet worden ist. Was der schlagfertige Humorist in dem Prolog, mit dem er am Sonntagabend seinen Musentempel persönlich einweihen, versprochen, nämlich „es sei Berliner Witz hier Matador“, das hat er für seine Person getreulich gehalten. Nichts konnte drastischer wirken, als wenn der Künstler z. B. den dekorierten Herrn Goldstein erzählten ließ, daß sein Magen vom letzten Ordensfest her verdorben sei, weil er mit „A Bier“ gegessen habe. Aber mit diesen Perlen und allenfalls mit den Klängen der Gesangsbläser Frey und Mohr war der Witz des Walhalla-Theaters auch vorbei. Was nachdem kam, nämlich das Ausstattungstück „Weibliche Malakser“, war, ganz abgesehen von seiner bössinnigen Militärschmücktheit, so ledern anzuschauen, daß selbst das flotte Spiel der ausgezeichneten Soubrette Emmy Hirtsch nichts aus dem Zeug zu gestalten vermochte. Hoffentlich bringt die angekündigte Inszenierung der „Die Kamelbahn von Berlin“ haltbaren Ersatz für die verunglückten Malakser.

Dem Privatnachwächter G., der ein Geschäftshaus in der Schauffstraße bewachen soll, ist, wie die „Deutsche Tages-Zeitung“ meldet, in der letzten Nacht, als er übermüdet auf der Treppe des Hauses eingeschlafen war, seine silberne Weimertouruhr und sein Schloß, mit dem er seine Türe bedeckt hatte, gestohlen worden. Der freche Dieb hatte dem Wächter der Nacht auch das Schlüsselbund fortgenommen, die Hausthür von der Straße aus abgeschlossen, die Schlüssel von außen stecken lassen und sich so den Rückzug gesichert. Der verschlafene Nachwächter ist „natürlich“ sofort seines Postens entsetzt worden; wie lange er tags über beschäftigt ist und ob in seinem Glat überhaupt eine Zeit zum schlafen festgesetzt steht, wird natürlich nicht gemeldet.

Bei der Sonntagsarbeit in der Druckerei des „Reichs-anzeiger“ ereignete sich vorgestern ein tödlicher Verkehrsunfall. Opfer des Unglücksfalles ist der 37jährige Arbeiter Jäbde, der in der Norddeutschen Buchdruckerei in der Wilhelmstr. 82 seit zwanzig Jahren dort thätig gewesen ist. Er war Sonntag Morgen 8 1/2 Uhr damit beschäftigt, an dem Fahrstuhl eine kleine Verbesserung vorzunehmen. Der Fahrstuhl befand sich dabei in der Höhe des dritten Stockwerks. Als sich nun unversehens eine Schraube löste, fiel er hinunter, während das Gegengewicht ebenso schnell emporstieg. Der Arbeiter, der außerhalb des Fahrstuhles gestanden hatte, sah diesem in die Tiefe nach. Während er so vornüber gebeugt da stand, schlug im vierten Stock das Gegengewicht über die Welle, kam herabgefallen und traf Jäbde gerade ins Gesicht, so daß es ihm die Wirbelsäule zerbrach und ihn auf der Stelle tötete. Der Todte wurde nach Aufnahme des Thatsachens eine Stunde später durch einen Leichenwagen der Polizei abgeholt. Ob der arme Jäbde sich auch, wie am vorigen Sonntag die Arbeiter im „Voll“, ohne Wissen der Unternehmer an die gefährliche Sonntagsarbeit gemacht hat?

Auf dem Tanzboden ist in der Nacht zum Montag die 33jährige Verkäuferin Clara Schaller gestorben, die in der Friedrichstraße 249 bei Krüger wohnte. Das Mädchen war in der Vorseilhandlung von König in der Jerusalemstraße beschäftigt. Der Führer dieses Hauses feierte gestern Abend bei Zimmermann in der Mohrenstraße seine Hochzeit, zu der auch die Schaller mit ihrem Bräutigam eingeladen war. Das Mädchen, das in der letzten Zeit unter mißlichen persönlichen Verhältnissen litt und sich nicht ernähren konnte, hatte sich wohl im Essen etwas übernommen, was ihr um so gefährlicher wurde, als sie zu fest geschmückt war. Während sie bei ihrem Bräutigam stand, der Klavier spielte, forderte ein Herr sie zum Tanze auf. Kaum hatten sie eine Runde gemacht, so brach sie zusammen und war eine Leiche. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein Ende gemacht.

Mit schweren Verletzungen am Kopf wurde Sonntag Abend eine unbekannte Frau in das städtische Krankenhaus Moabit eingeliefert. Die etwa 30jährige Dame wollte in der Nähe des Kriminalgerichtes von einem Pferdebahnwagen, der sich in voller Fahrt befand, absteigen, stürzte dabei zu Boden und wurde von einer nachfolgenden Droschke, deren Fahrer in der Dunkelheit die auf dem Fahrdamm Liegende nicht sehen konnte, überfahren. Die Verwundete wurde sofort nach dem nächstgelegenen oben erwähnten Krankenhaus geschafft.

Durch Ueberfahren wurde am Sonnabend an der Ecke der Zimmer- und Friedrichstraße die Frau des Büchters Eysenlos aus der Zimmerstraße 13 schwer verletzt. Die 50 Jahre alte Frau kam, als sie den Fahrdamm der Friedrichstraße überschreiten wollte, auf dem Asphalt zu Falle und gerieth so unter eine Droschke 2. Klasse, ohne daß dem Kutscher eine Schuld trifft. Sie wurde, namentlich am Knie, bedeutend verletzt und mußte mit einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht werden.

Nach Veruntreuung einer größeren Geldsumme ist seit dem 5. d. M. der 22jährige Buchhalter Karl Fischer verschwunden, der in der Kunstschlosserei von H. Kahlberg in der Mantuffelstraße 87 im Komitor angestellt war.

Polizeibericht. Am 5. d. M. vormittags gerieth in der Friedrichstraße eine Frau unter die Räder einer Droschke und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe. — Abends wurde in der

Münzstraße ein Mädchen durch einen Pferdebahnwagen überfahren und an der Schulter sowie am Oberschenkel erheblich verletzt. — Am 6. d. M. vormittags wurde im Hause Wilhelmstr. 82 beim Anbringen eines neuen Laues am Fahrstuhl ein Arbeiter durch das plötzlich herabfallende sogenannte Kontregewicht erschlagen. — Ein Mann vergiftete sich in einem Schauffloße in der Köpplerstraße. — In der Schauffstraße wurde ein Mann durch einen Pferdebahnwagen überfahren und so schwer verletzt, daß seine Ueberführung in ein Krankenhaus erforderlich wurde. — In der Nacht zum 7. d. M. wurde in der Wehrstraße ein Kellner mit bedeutenden Verletzungen im Gesicht aufgefunden. — Weiter-Propgnose für Dienstag, den 8. Oktober 1895. Mildes, zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Das Adolf Ernst-Theater steht nach Ablauf der dies-jährigen Saison einer Umwandlung entgegen. Direktor Adolf Ernst hat, wie er uns mittheilt, sein Bühnenhaus an Wilhelm Hasemann, den früheren Direktor des Wallner-Theaters, in Pacht gegeben. Seinen plötzlichen Entschluß begründet Herr Ernst mit Rücksichten auf den Gesundheitszustand seiner Gattin. Diese Begründung wird man schwerlich als richthaltig hinstellen können. In Theaterkreisen weiß man seit langem, daß die ehemalige Adolf Ernst-Pose sich überlebt habe. Adolf Ernst, der in der Theatergeschichte Berlins trotz der fastigen Schmeicheleien seiner Freunde in der bürgerlichen Presse gewiß nicht die Rolle eines Förderers der Kunst spielen wird, mußte es erleben, daß seine Spekulationen auf das Bananensium von rücksichtslosere Nachfolgern noch übertrumpft wurden. Er führte zunächst die Berliner Poffenbühne auf die Platte der Tingeltangelei, er machte den Ausstattungsstern, die Aufzüge kostumirter Damen, die unter hyperpatriotischem Brimborium vor sich zu gehen pflegten, zur Hauptsache. Er brachte es darin zu einem gewissen Raffinement; aber schließlich wurden die Sinne des Publikums dagegen doch abgestumpft. Man wandte sich von Adolf Ernst ab und jauchzte nunmehr der blanken Tingeltangelei im Poffentheater entgegen. — Wie Herr Hasemann das Adolf Ernst-Theater zu leiten gedenkt, wissen wir nicht. Den Adolf Ernst-Stil, der für das Philistrium, das nach den siebziger Jahren entstanden war, so ungemein bezeichnend ist, wird er nicht mehr zu neuem Leben erwecken können.

Vermischtes.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich, wie aus Brüssel berichtet wird, am Sonntag Abend zwischen Waare und Ottignies durch den Zusammenstoß einer Lokomotive mit einem von Reisenden vollbesetzten Zuge. Dabei sind 10 Personen getödtet und 40, darunter mehrere schwer, verwundet worden. Hülfe kam alsbald von allen Seiten zur Stelle.

Zu dem Eisenbahnunglück bei Ottignies wird weiter gemeldet: Der frühere Premierminister Veernaert befand sich in dem ersten Waggon mit sieben Familienangehörigen. Seine Schwägerin, Frau Mourlon, die Gattin eines bekannten Ingenieurs, wurde auf der Stelle getödtet, Frau Veernaert leicht an der Brust verletzt, der Staatsminister selbst nicht verwundet. Zwei Waggons rannten ineinander.

Das Unglück stellt sich als viel verhängnisvoller heraus, als im ersten Augenblick angenommen wurde. Eine Depesche vom Montag Nachmittag meldet:

Nach jetziger Feststellung beträgt die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück von Ottignies Getödteten 18; verwundet sind etwa 100 Personen, darunter etwa 30 schwer, von denen mehrere den Tag nicht überleben werden. Unter den Todten befindet sich ein Arzt und ein Bilar, die übrigen sind Kaufleute und andere Bewohner der Umgegend. Die Entstehung des Unglücks ist folgende: Eine von Ottignies in voller Schnelligkeit daherkommende Lokomotive fuhr im Bahnhof von Mourty gegen einen in Bewegung befindlichen Zug. Drei Wagen fuhren buchstäblich einer auf das Dach des andern und zermalnten die Insassen in fürchterlicher Weise. Hülfe wurde unmittelbar von Ottignies und Brüssel gesandt; die Aufräumungsarbeiten wurden sogleich eingeleitet.

In dem Kanarergthale hat sich, wie aus Graz berichtet wird, ein bedeutender Felssturz ereignet; die Straßen sind mit Felsstücken bedeckt.

Ein Sonnabend Nacht in den Bahnhöfen von Zellino (Italien) einfallender Eisenbahnzug stieß mit einem dort haltenden Zuge zusammen. Hierdurch wurde der Zugführer getödtet und drei Bahnbedienstete leicht verwundet. Einige Waggons wurden beschädigt.

Schwebebahn zwischen Leipzig und Halle. Die Kontinental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Nürnberg beabsichtigt nämlich, wie die „Deutsche Straßen- und Kleinbahn-Zeitung“ berichtet, die Errichtung einer elektrischen Schwebebahn zwischen Leipzig und Halle. Diese soll die reichlich 88 Kilometer lange Strecke, für welche der Schnellzug jetzt eine Fahrzeit von 85 Minuten braucht, in nur 15 bis 20 Minuten durchlaufen. Der Betrieb soll zunächst in Einzelwagen erfolgen, die in möglichst kurzen Zwischenräumen, etwa alle 10 Minuten, auf einander folgen. Man will die Bahn vom bayerischen Bahnhof in Leipzig ausgehen lassen und über den dortigen Dresdener, Magdeburger und Thüringer Bahnhof weiter über Wittenberg und Schöneberg und Halle führen, wo sie zunächst auf dem Niederplatz münden und dann bis zur neuen Promenade weitergeführt werden soll. Die Pläne für die Schwebe-Schnellbahn-Anlage sind von dem Geh. Kommerzienrath Eugen Langen in Köln ausgearbeitet worden. Als besondere Vorzüge dieser neuen Bahnanlage wegen außerordentlicher Betriebssicherheit, Zulässigkeit einer sehr hohen Fahrgeschwindigkeit und die außerordentlich einfache Gestaltung der Weichen hervorgehoben. Wenn sich dieses Projekt verwirklichen sollte, so würden wir damit in der That vor einer grundstürzenden Umwälzung des Personenverkehrs stehen.

Aus New-York liegen zwei Meldungen über bedeutende Unglücksfälle vor. Einer dort eingegangenen Meldung aus Havana zufolge wurden in dem Ueberfluthungsgebiete der Provinz Pinar del Rio fünfundsiebzig Reichthümer aufgefunden. Der Schaden beziffert sich auf Millionen. Die Eisenbahnen haben stark gelitten.

In Lorain am Grisee in Ohio brach während der Grundsteinlegung einer Kirche eine Tribüne zusammen, auf welcher sich gegen 1000 Zuschauer befanden. 5 Personen sollen dabei zu Tode gekommen sein, viele sollen verletzt sein, davon 11 tödtlich. Auch bei der durch den Unfall entstandenen Panik sollen einige Personen ihren Tod gefunden haben.

Briefkasten der Redaktion.

Zwei Streitende. Die Leiche wird mit dem Sarge verbrannt.

Hoffnung. Die Stadtbahn, welche 1882 dem Verkehre übergeben wurde, ist 14,8 Kilometer lang und hat etwa 75 Millionen Mark gekostet.

W. S. Wien XVII. Wir bedauern, auf Ihre Anerbieten nicht eingehen zu können, da wir mit Berichten aus Wien versorgt sind.

Die Sammeliste Nr. 2556 für die Essener Verurtheilten ist in Verlust gerathen. Wir bitten, dieselbe bei uns abgeben zu wollen.

W. B. Ein Paar sind zwei zusammengehörige Dinge.

J. Schultze, Ludwigshafen. Wenden Sie sich in der Sache an den Rechtsanwalt Marcuse zu Breslau, Nummer 1.

— Warum wenden Sie nicht Haffors Wanzengift an, welches diese Thiere u. ihre Brut sof. tödtet. (Sind.: R. Haffors) Preis: 1 Mark. (Sind.: 82) 80928

Meldungen nur 2—3 Uhr. [624b

Gelegenheitskauf für Hausfrauen!

Praktische Haus-Kleiderstoffe in dunklen Farben, gestreift und karirt, statt 80 Pf. jetzt 33 Pf. pr. Meter doppeltbreit.
Vorzügliche Morgenrock-Lamas in sehr hübschen Mustern — waschecht — statt 75 Pf. jetzt 45 Pf. pr. Meter.
Doppeltbreite Cheviots, haltbare Qualität für Straßenkleider, alle Farben, statt 1 M. jetzt 60 Pf. pr. Meter doppeltbreit.
Hochfeine Damen-Kleiderstoffe in garant. reinwoll. Qualit., statt 1,50 M. bis 3 M. jetzt 75 Pf. bis 1,50 M. pr. Meter doppeltbr.
Schwarze u. marineblaue Kostümstoffe, nur beste reine Wolle, à 90 Pf., 1,25 M., 1,50 M., 1,85 M. u. 2,25 M. pr. Meter doppeltbr.
Seidene Unterröcke mit Flanellfutter jetzt 5,75 M. | **Tuch-Unterröcke** jetzt 2,25 M. | **Flanell-Unterröcke** jetzt 1 M.

Tüll-Gardinen

Woll-Portièren

Plüsch-Teppiche

Tischdecken

Steppdecken

das Fenster — 2 Shawls — von 1,80 M. an. Shawl von 1,75 M. an.

von 6 M. an.

mit Schnur u. Quaste von 1,50 M. an.

von 2,25 M. an.

Leinen- u. Baumwollstoffe für Bett- u. Leibwäsche à 28 u. 42 Pf. pr. Meter. | Einschüttungen für Unterbetten, Oberbetten u. Kopfkissen à 38 u. 60 Pf. pr. Meter.

Weissleinen Taschentücher

Damast-Handtücher

Küchen-Handtücher

Tischtücher

Servietten

Staubtücher

Duzend von 1,50 M. an.

Duzend von 4 M. an.

Duzend von 1,40 M. an.

Stück von 80 Pf. an.

Dz. von 1,80 M. an.

Dz. von 80 Pf. an.

Die in letzter Zeit angesammelten Kleiderstoff-Reste und unsauber gewordenen fertigen Wäschegegenstände für halben Preis.

34052*

Markgrafenstrasse 67
(Ecke Schützenstrasse).

Leop. Kohn,

Markgrafenstrasse 67
(Ecke Schützenstrasse).

Rum,

anerkannt gut, Literl. à 1,10, 1,60, 2,10 M., bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
Glühwein-Extrakt, ausgezeichnet, Liter 1,20 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M.
Cognac fine Champagne à Fl. 3,50, * à Fl. 4,50, * à Fl. 5,50 M.
 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.

6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81.
 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27

Möbel-Ausverkauf.

Am 1. Oktober habe ich meine
Möbelfischlerei und
Lager von Wohnungseinrichtungen
 nach der **Skalitzerstr. 6** verlegt und werden
 sämtliche Waarenbestände zu den billigsten Preisen
 verkauft.

Julius Apelt, Tischlermeister,
 früher Sebastianstr. 20, jetzt **Skalitzerstr. 6.**

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
 Die Firma besteht seit 1873.
Leinen- und
Elsasser-Baumwollwaaren.
 Hemdentuch, Dowlas, Croisé, Damast, Piqué etc.
 Fertige Bettwäsche, Handtücher, Tischzeuge, Bettzeuge, etc. etc.
 Grosses Lager von Herren-, Damen- u. Kinderwäsche.
 Oberhemden reinf. Eins. u. dopp. Seitenth. 3 M.
 Damenhemden, Prisenfäçon m. Besatz 80 Pf.
 desgl. m. Handlangnette 1,50 M.
 Knaben- u. Mädchenhemden aus best. Hemdentuch
 Stück 50, 55, 60, 70, 80, 90 u. 100 Pf.
Schürzen.
BERLIN N. CHAUSSEESTR. 14.

Bestellungen auf die erste Sendung meines echten fran-
 zösischen, letztes Jahr so schnell beliebt gewordenen
süssen Wein-Most, weiss und roth,
 aus welchem meine besten süssen Weine entstehen,
 à Liter M. 1,80,
 bitte ich ein geehrtes Publikum mir sofort zukommen zu
 lassen, um meine Massnahmen danach treffen zu können.
 Ankunft der ersten Sendung hier in Berlin voraussichtlich
 gegen den
15ten Oktober.
 Versandt und Ausschank beginnt dann sofort.
Oswald Nier,
 Aux Caves de France.
 Zum Ungogypsten.

(1000) Astrachan (Damen)! Seiden-Plüschjackets, Astrachan-
 Krümmen- und Plüschkragen
 (Modelle) 6—35,00, Winterjackets, Golfespes 5—20,00. Elegante Abend-
 mantel, Seide wattirt 8—30,00, Herbst-Regenmantel 7—15,00. (50 Stück
 Seiden-Plüschjackets mit kleinen unscheinbaren Webefehlern à 15,00.)
Landsberger-Str. 59, 1 Treppe, am Alexanderplatz.

Möbel-

Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten u. im Möbel-
 speicher, 17218*
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
 Daselbst stehen täglich zum Verkauf:
 neue gediegene Möbel zu außerordentlich
 billigen Preisen, gebrauchte und
 verleierte gewesene Möbel zu wahr-
 haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-
 stattet. Kleiderschränke 15, Küchen-
 spinde, Kommoden 12, Sophas 15
 Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,
 Aufbaum-Kleiderschränke, Verticows 80,
 Stühle 3, Aufschlupfen 40, Tru-
 meau 65, Vaneelsophas 75, Plüsch-
 garnituren 80 Mark. Herren-Schreib-
 tische, Schreibsekretäre, Buffets, Kon-
 fidentische Spiegel, alles staunend billig.
 Gekaufte Möbel können auf meinem
 Lagerplatz bis April kostenfrei
 lagern und werden durch eigene Ge-
 spanne transportiert und aufgestellt.

Sophastoff- = Kette =

in Rips, Damast, Crêpe,
 Phantasie, Gabelin und
 Plüsch spottbillig!
 Proben franko!
 in allen Qualitäten zu
 Fabrikpreisen.
**Emil Lefèvre, Berlin S.,
 Oranienstrasse
 158.**

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug passende Gelegenheit für Braut-
 leute, Hotels, Wirtshäuser, Pensionate etc.
 In meinem entleerten größten Möbelspeicher,
 Neue Königstrasse 50, I., sollen sofort circa 800
 Wohnungseinrichtungen, verleierte gewesene
 und neue, nur gediegene Möbel zu jedem an-
 nehmbarsten Preise verkauft werden. Ganz be-
 sonders zu empfehlen ist der große Vorrath
 verleierte gewesener Möbel, welche noch fast
 neu sind, und zum halben Preise abgegeben
 werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe
 zu selbstst. billigen Preisen ist es mir möglich,
 schon ganze Wohnungseinrichtungen für 60,
 100, 200 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine,
 herrschaftliche Einrichtungen von 200—5000 M.,
 also billiger als jede Konkurrenz und billiger
 als in jedem Ausverkaufsgeschäft wegen Um-
 zug. Ganzjährig u. Theilzahlung gestattet.
 Brautleute ohne Anzahlung, ohne Verleirung,
 Kleiderschrank 12 Mark, Kommoden 8, Küchen-
 spind 12, Stühle 2 Mark. Neue Aufbaum-
 Kleiderschränke und Verticows 80 M., Aufschlup-
 fen und Verticows 30 M., Bettstellen mit
 Matratzen und Kissen 18 M., Sophas 14,
 Säulen-Kleiderschrank, hochlegant 80 Mark.
 Truumeau mit Säulen und Kristallgläsern 80,
 Guldnerbüreau, Herrenschreibtische, Damen-
 schreibtische, Schreibsekretäre 80 M., Plüsch-
 garnituren 80 und 100 M., Pianinos, Vaneel-
 sophas 75 Mark. Küchenspinden, Aufschlup-
 fen mit Spiegeltüren, Kristallsekretäre,
 Gabelangues, Salongarnituren, Portièren,
 Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster
 6 M. Empfehle allen Herrschaften, vor Ein-
 kauf von Möbeln mein entleertes größtes und
 billigstes Möbellager zu besichtigen und von
 den staunend billigen, aber festen Lagerpreisen
 zu überzeugen. Nur Ueberzeugung macht wahr
 das Ansehen kostet nichts. Gekaufte Möbel
 können 3 Monate kostenfrei auf meinem Auf-
 bewahrungsplatz lagern, werden durch
 eigene Gespanne transportiert und aufgestellt
 auch nach außerhalb.

Täglich bis 10 Uhr abends und
Ausverkauf!
 Wegen Todesfall sollen die
 vorhandenen Lagerbestände, be-
 stehend in allen Arten Möbel-
 stoffen, Teppichen, Gardi-
 nen, Portièren, Läufer-
 stoffen, Tisch-, Stopp- und
 Pferdedecken etc. etc. natern
 Kostenpreise schleunigst aus-
 verkauft werden. 32761*
G. Littmann's Special-Geschäft,
 Landsbergerstr. 97 part.
 Sonntags 8—10 u. 12—2 Uhr geöffnet.

Geschäfts-Verlegung.
 Vom 1. Oktober ab verlege mein Uhren-, Gold- und Silberwaaren-
 Geschäft von Reinickendorferstr. 2g nach **Pallisenstr. 10.**
 3349L* **Winkler, Uhrmacher.**

Teppiche mit kleinen Bebe-
 fehlern in Velour, Städ v. 6,50 M. an
Gardinen, Tournay, Smyrna
Portièren, prachtvollster
 Dessins, Fenster v. 2,50 M. an
Sophastoffreste, 130 cm breit, zu Bezügen
 passend, in den feinsten,
 glatten u. gemusterten Stoffen, der komplette Sopha-
 bezug von 8.— M. an.
Sophagestelle von Polstermaterialien:
 Diophaare, Fasern, Berg, Seegrass, Sprungfedern,
 Matratzen, Gurte etc. 82448*
 auch im Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Wilh. Bursch, Alte Jakobstr. 93 (nahe der
 Sendelstr.).

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerz. Zahnz. 1 M., Plomb. 1,50. Rep. sof.
 Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr
R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

R.F. Mittelstädt's
Original Löwenbitter ist aus passenden
 Kräutern abdestillirt be-
 fördert vorzüglich die Ver-
 dauung und regt besonders
 den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.
 Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner
Teppiche!! **Portièren!!**
Gardinen!! **Steppdecken!!**
Leinenwaaren!! **Fertigen Wäsche!!**
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf.
 Am Stadt- **J. Brünn**, Hackescher Ecke Neue
 bahnhf. Börse. Markt 4. Promenade.

Wunder-Instrument!
Specialität ersten Ranges!
Echt englisch Concert-Harmonika
„LILIPUT“.
 In England unter dem Namen „Princess May“.
 20 000 Stück in einem halben Jahre verkauft! Dieses
 prachtvolle, ausserst solid und elegant ausgestattete
 Instrument ist blos 21 cm lang, 11 cm breit,
 Gewicht nur 1 Kilo, hat 10 Tasten, 2 Register und
 übertrifft an Tonfülle selbst die grösste Concert-Harmonika.
 Jeder Musikfreund wird über dieses Instrument hoch erfreut sein. Preis
 sammt Schule zum Selbstlernen nur Mk. 10,—. Allein zu beziehen
 durch Feith's Neuheiten-Vertrieb, Berlin W., Charlottenstr. 68.

Möbel-Magazin **Otto & Slotawa, Tischlermeister.** **Barg-Magazin**
 Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. 192162* und Beerdigungs-Comtoir.

